

AMPERLAND THERMALWÄRME GMBH
als Auftraggeber

und

[●]
als Lieferant

**VERTRAG ÜBER DIE LIEFERUNG, EINBAU, INBETRIEBSETZUNG UND PROBEBETRIEB EINES
THERMALWASSER- FÖRDERSYSTEMS AM STANDORT DES GFA IN OLCHING**

INHALTSVERZEICHNIS

Klausel		Seite
PRÄAMBEL.....		3
1	Definitionen, Auslegung, Widerspruchsregelung	4
2	Inkrafttreten	9
3	Pflichten des Auftraggebers	9
4	Vertragsgegenstand	10
5	Pflichten des Lieferanten	10
6	Zusicherungen des Lieferanten	17
7	Beginn der Leistungen und Projektzeitplan	18
8	Eigentumsübergang	19
9	Höhere Gewalt	19
10	Einsatz von Nachunternehmern und Lieferanten	21
11	Überprüfungsrecht des Auftraggebers und Qualitätskontrolle der Fertigung	22
12	Ausführung geänderter oder zusätzlicher Leistungen, Optionale Leistungen	23
13	Inbetriebnahme, Tests und Abnahme der Leistungen	24
14	Gewährleistung	25
15	Rücktritt vom Vertrag	27
16	Vertragspreis	27
17	Abschlagszahlungen, Schlussrechnung, Rechnungsstellung; Zahlungsfristen	28
18	Haftung	30
19	Mitteilungen und Kommunikationen	31
20	Streitbeilegung	31
21	Sonstiges	32
	Anlage 1 – Betriebsgelände des GfA und Bohrplatz (Angabe zu Lage, Geologie/Gründung, Zuwegung)	36
	Anlage 2 – Projektzeitplan	37
	Anlage 3 – Qualitätsmerkmale	38
	Anlage 4 – Kontaktdaten	39
	Anlage 5 – Preisblatt	40
	Anlage 6 – Organigramm	41
	Anlage 7 – Funktionale Leistungsbeschreibung	42
	Anlage 8 – Nachunternehmer	43
	Anlage 9 – Abschlagszahlungen	44
	Anlage 10 – Inbetriebnahme, Tests und Abnahme	45

Anlagenverzeichnis:

Anlage 1	Betriebsgelände des GfA und Bohrplatz (Angaben zu Lage, Gründung, Zuwegung)
Anlage 2	Projektzeitplan
Anlage 3	Qualitätsmerkmale
Anlage 4	Kontaktdaten
Anlage 5	Preisblatt
Anlage 6	Organigramm
Anlage 7	Funktionale Leistungsbeschreibung (<i>inkl. der Anhänge</i>)
Anlage 8	Nachunternehmer
Anlage 9	Abschlagszahlungen
Anlage 10	Inbetriebnahme, Tests und Abnahme

VERTRAG zwischen:

- (1) **AMPERLAND THERMALWÄRME GMBH**, eine im Handelsregister des Amtsgerichts München unter HRB 295485 eingetragene Gesellschaft mit Sitz in Josef-Kistler-Weg 22, 82140 Olching, im Folgenden als "**Auftraggeber**" bezeichnet, und
- (2) **[●]** im Folgenden als "**Lieferanten**" bezeichnet;

der Lieferant und der Auftraggeber werden gemeinsam als "**Parteien**" und einzeln als "**Partei**" bezeichnet.

Dieser Liefervertrag wird im Folgenden als "**Vertrag**" bezeichnet.

PRÄAMBEL

- (A) Der Auftraggeber verfügt über eine geothermische Dublette am Standort Geiselbullach, aus der die Wärme aus dem Thermalwasser in die bestehende Fernwärmeinfrastruktur des Kraftwerks des Gesellschafters des Auftraggebers, das Gemeinsame Kommunalunternehmen für Abfallwirtschaft / Anstalt des öffentlichen Rechts der Landkreise Fürstenfeldbruck und Dachau ("**GfA**") eingespeist werden soll. Hierzu soll zur Förderung des Thermalwassers ein System bestehend aus Tauchkreiselpumpe nebst den erforderlichen obertägigen Anlagen geliefert, installiert und an die bestehende Infrastruktur angeschlossen werden. Neben den technischen Parametern und dem Preis ist eine hohe Arbeitsverfügbarkeit des Gesamtsystems ein wesentliches Kriterium der Lieferantenauswahl.
- (B) Der Lieferant ist ein erfahrenes Unternehmen, das in der Region des voralpinen Molassebeckens bereits Tauchkreiselpumpen einschließlich aller erforderlichen Komponenten zum Anschluss an einen Wärmetauscher geliefert, installiert und erfolgreich in Betrieb genommen hat und über die Fachkenntnis verfügt.
- (C) Der Auftraggeber beabsichtigt, den Lieferanten auf der Grundlage eines Pauschalpreisvertrags mit funktionaler Leistungsbeschreibung mit der Lieferung, dem Einbau (optional) sowie der Inbetriebsetzung, Probetrieb und Anschluss an die vorhandenen Infrastruktur einschließlich der Steuerung zu beauftragen. Der Auftraggeber beabsichtigt dabei die Beauftragung mit dem Ziel, die Installation des Gesamtsystems Förderpumpe samt weiterer technischer Komponenten und der Erbringung weiterer Leistungen, wie im Einzelnen in der technischen Leistungsbeschreibung dargestellt ("**Leistungen**") realisieren zu lassen.
- (D) Vor dem Datum des Abschlusses dieses Vertrages hat der Auftraggeber im Zuge des Vergabeverfahrens mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerbs eine funktionale Leistungsbeschreibung für die Leistungen übergeben, auf deren Grundlage der Lieferant verpflichtet ist, die erforderlichen Anlagenkomponenten auszulegen und dem Auftraggeber vor Ausführung vorzulegen.

VOR DIESEM HINTERGRUND VEREINBAREN DIE PARTEIEN FOLGENDES:

1 DEFINITIONEN, AUSLEGUNG, WIDERSPRUCHSREGELUNG

1.1 Definitionen

Für die Zwecke dieses Vertrages haben die nachfolgenden Begriffe die Bedeutung, die ihnen in der folgenden Aufstellung von Definitionen zugewiesen wird, sofern in diesem Vertrag nichts anderes angegeben wurde oder sich aus dem Sinnzusammenhang etwas anderes ergibt:

"Abnahme" ist erreicht, wenn die Abnahmevoraussetzungen vorliegen und der Auftraggeber nach § 13.1 die Abnahmebestätigung erteilt hat.

"Abschluss des Vertrags" bezeichnet das Datum, an dem der Lieferant den Zuschlag auf sein Angebot vom [●] erhalten hat, mithin den [●].

[Hinweis an Anbieter: Vertrag kommt mit Zuschlagserteilung in der öffentlichen Ausschreibung zustande.]

"Anlagen" sind die beigelegten Vertragsanlagen.

"Anordnung des Auftraggebers" meint jede schriftliche Anordnung, mit der der Lieferant zu einer bestimmten Handlung oder einem bestimmten Unterlassen aufgefordert wird.

"Ausrüstung" bezeichnet alle Geräte, Werkzeuge, Instrumente, Vorrichtungen und Komponenten.

"Bauleistungsversicherung" meint die Bauleistungsversicherung des Auftraggebers für den Einbau der Pumpe und die Errichtung der erforderlichen obertägigen Anlagen.

"Ereignis höherer Gewalt" ist ein von außen einwirkendes betriebsfremdes Ereignis, das auch bei Anwendung äußerster Sorgfalt nicht vorhergesehen und vermieden werden konnte.

Ein Ereignis höherer Gewalt stellen auch Extremwetterereignisse dar, wie beispielsweise extreme, auch kurze schwere Niederschläge oder über einen längeren Zeitraum; Tornados, schwere Stürme mit Windgeschwindigkeiten oder Kälteeinbrüche mit extremen Temperaturen, ab denen jegliche Leistungserbringung unmöglich ist, weil die gemäß jeweiligen technischen Auslegungsparameter wichtiger technischer Ausrüstung unter den vorgenannten beispielhaft angeführten Bedingungen eine Leistungserbringung nicht zulassen. Das Vorliegen extremer Wetterverhältnisse ist anhand der Messdaten vom Deutschen Wetterdienst nachzuweisen.

Folgende Ereignisse stellen kein Ereignis höherer Gewalt dar:

- (a) verspätete Lieferung von Geräten, Maschinen, Anlagen oder Materialien, die durch fahrlässiges Handeln oder Unterlassen des Lieferanten oder eines Lieferanten oder Subunternehmers verursacht wurden;
- (b) mechanischer oder elektrischer Ausfall oder Ausfall von Ausrüstungen, Maschinen oder Anlagen, die sich im Besitz einer der Parteien befinden oder von ihr betrieben werden, aufgrund der Art und Weise, in der diese Ausrüstungen, Maschinen oder Anlagen betrieben oder gewartet wurden; oder
- (c) Verzögerungen, die sich aus vernünftigerweise vorhersehbaren ungünstigen Witterungsbedingungen oder vernünftigerweise vorhersehbaren ungeeigneten

Bodenverhältnissen oder anderen ähnlichen, vernünftigerweise vorhersehbaren ungünstigen Bedingungen ergeben.

"**ESP**" meint die Tauchkreislaspumpe (*electrical submersible pump*).

"**Fertigstellungsanzeige**" bezeichnet eine Mitteilung des Lieferanten an den Auftraggeber über die vollständige Fertigstellung des Vertragsgegenstandes zum Zwecke der Einleitung des Verfahrens der Abnahme.

"**Fördersystem**" bezeichnet Thermalwasserfördersystem bestehend aus ESP, Transformator/Frequenzumrichter und Verkabelung] als Gesamtsystem gemäß den Vorgaben in Anlage 7 (*Funktionale Leistungsbeschreibung*).

"**Genehmigungen, die der Auftraggeber einzuholen hat**" sind alle rechtlich erforderlichen Genehmigungen, die für den Einbau des Fördersystems erforderlich sind.

"**Genehmigungsaufgaben**" sind Anforderungen oder Bedingungen, die in einer anwendbaren Genehmigung (einschließlich eines darin enthaltenen Antrags) enthalten sind oder anderweitig in Bezug auf die Aufrechterhaltung oder Verlängerung einer anwendbaren Genehmigung anwendbar sind. Dazu gehören insbesondere die von der Bergbehörde geforderten Arbeitsprogramme und Managementsysteme.

GfA" bezeichnet das Gemeinsame Kommunalunternehmen für Abfallwirtschaft / Anstalt des öffentlichen Rechts der Landkreise Fürstentfeldbruck und Dachau.

"**Industrienormen**" sind Normen betreffend Konstruktion, Planung, Bau, Betrieb, Wartung, Verarbeitung, Ausrüstung, Materialien, Teilen, Ingenieur- und anderen Leistungen,

- (a) die mindestens mit den in der Bohrindustrie allgemein akzeptierten Standards übereinstimmen;
- (b) die dem Maß an Sorgfalt und Sachkenntnis entsprechen, mit dem Arbeiten der gleichen Art gewöhnlich ausgeführt werden; und
- (c) die unter Anwendung der angemessenen Urteilskraft und Sorgfalt, die angesichts der konkreten Umstände erwartet werden kann, ausgeführt werden.

"**Lang andauerndes Ereignis höherer Gewalt**" hat die in § 9.4 zugewiesene Bedeutung.

"**Leistungen**" bezeichnet alle Verpflichtungen, Pflichten, Arbeiten, Dienstleistungen und Handlungen, die dem Lieferanten im Rahmen dieses Vertrages übertragen wurden.

"**Leistungsänderung**" bezeichnet die Änderung des Leistungsumfanges des Lieferanten durch Änderungsanordnungen, Beschleunigungsanordnungen oder Vereinbarungen zwischen den Parteien, alles gemäß den in § 12 dargelegten Verfahren.

"**Leistungsumfang**" bezeichnet den Leistungsumfang des Lieferanten gemäß funktionaler Leistungsbeschreibung in der Anlage 9 (*Funktionale Leistungsbeschreibung*).

"**Lieferant**" bezeichnet jede Person, die Ausrüstung und/oder Materialien an den Lieferanten oder einen seiner Nachunternehmer liefert.

"Nachunternehmer" sind alle Nachunternehmer und alle anderen Dritte, die vom Lieferanten mit der Ausführung der Arbeiten beauftragt wurden oder an deren Ausführung beteiligt sind.

"Nachunternehmervertrag" bezeichnet jeden Vertrag, den der Lieferant in Bezug auf die Ausführung der Arbeiten abgeschlossen hat oder dessen Abschluss er beabsichtigt.

"Preisblatt" bezeichnet das vom Bieter im Rahmen des Vergabeverfahrens als Angebotsanlage 2 eingereichte Preisblatt, das diesem Vertrag als Anlage 5 (*Preisblatt*) beigelegt ist.

"Projekt" bezeichnet das Vorhaben des Auftraggebers, ein Tiefengeothermieprojekt zu realisieren, das aus einem Bohrplatz und zwei (2) geothermischen Bohrungen unter Nutzung einer Teilfläche des Betriebsgrundstücks des GfA besteht, in dem der Auftraggeber die Projektrechte zur Aufsuchung von Erdwärme besitzt.

"Projektleiter" ist eine vom Lieferanten nach § 19.3 benannte und vom Auftraggeber genehmigte Person, die die volle Verantwortung über die Ausführung der Arbeiten trägt und als zentrale Anlaufstelle für alle Angelegenheiten im Namen des Lieferanten fungiert.

"Projektvertreter" ist eine vom Auftraggeber nach § 19.3 benannte Person, die als einzige Anlaufstelle für den Lieferanten in Bezug auf die Ausführung der Arbeiten fungiert. Die natürliche Person ist in Anlage 4 (*Kontaktdaten*) aufgeführt.

"Projektzeitplan" ist der vom Lieferanten im Zuge der Angebotserstellung unter Beachtung der Vorgaben der Vergabeunterlage erstellte Zeitplan als MS-Project Plan und diesem Vertrag als Anlage 2 (*Projektzeitplan*) beigelegte Projektzeitplan, der die wesentlichen Arbeitsabläufe zur Umsetzung der in Anlage 9 (*Funktionale Leistungsbeschreibung*) genannten Leistungen unter Berücksichtigung des Beginns der Leistung, der geplanten Termine für die Einholung weiterer Genehmigungen und der geplanten Fertigstellungstermine von Arbeitsabläufen einschließlich der benötigten Ressourcen festlegt.

"Qualitätskontrolle" bezeichnet die Qualitätskontrollverfahren, die während der Fertigung durchgeführt werden und die in Anlage 3 (*Qualitätsmerkmale*) näher dargelegt sind.

"Repräsentanten" bezeichnet für die Zwecke der Regelungen dieses Vertrags zur Vertraulichkeit in § 21.8 in Bezug auf eine bestimmte Person deren verbundene Unternehmen und ihre und deren:

- (a) Organmitglieder, Arbeitnehmer, persönlich haftende Gesellschafter oder sonstige Personen, die eine vergleichbare Stellung innehaben;
- (b) Rechtsanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und andere Berater; und
- (c) Banken oder andere Finanzierungspartner in Bezug auf eine mögliche Finanzierung des Projekts.

Sofern in den Versicherungsbedingungen der Begriff der Repräsentanten in einem anderen Sinn verwendet wird, bleibt dies unberührt.

"Schlussrechnung des Lieferanten" bedeutet, dass der Lieferant nach dem Abnahmedatum unter Beachtung der Vorgaben des § 17.2(e) die Schlussrechnung vorlegt, in der alle noch offenen Beträge aufgeführt sind, die an den Lieferanten zu zahlen sind.

"Schriftliche Mitteilung" bezeichnet jede schriftliche Mitteilung gemäß den Bedingungen dieses Vertrages, die unterschrieben auch vorab per E-Mail versendet werden kann.

"Temporäre Einrichtungen und Versorgungseinrichtungen" bezeichnen alle temporären Kommunikationseinrichtungen, Wasser- und Energieverteilung auf dem Baugelände sowie Sanitäreinrichtungen und weitere im Arbeitsumfang genannten Einrichtungen, die vom Lieferanten und seinen Nachunternehmern sowie ihren Mitarbeitern im Laufe der Ausführung der Arbeiten genutzt werden.

"Unvorhergesehenes Ereignis" ist definiert als:

eine wesentliche Verzögerung oder wesentliche nachteilige Auswirkung auf die Kosten, die verursacht wird durch

- (a) eine Gesetzesänderung, die zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Vertrags für eine erfahrene Partei nicht vorhersehbar war, oder eine nachträgliche Genehmigungsaufgabe;
- (b) unvorhergesehene Standortbedingungen, einschließlich Havariesituationen im laufenden Kraftwerksbetrieb des GfA;
- (c) eine Bedingung, die durch eine Auflage auferlegt wird, die zum Zeitpunkt des jeweiligen Antrags nicht vernünftigerweise vorhersehbar war.

"Unvorhergesehene Standortbedingungen" bedeutet:

- (a) alle Bedingungen Übertage (mit Ausnahme von Wetter- und Klimabedingungen) auf dem Bohrplatz, die durch die Durchführung einer angemessenen Untersuchung und physikalischen Überprüfung am Bohrplatz nicht vernünftigerweise entdeckt werden konnten; oder
- (b) Bedingungen, die wesentlich von denen abweichen, die der Lieferant vernünftigerweise voraussehen oder erwarten sollte, dass sie auf dem Bohrplatz bestehen.

"Verbundene Unternehmen" sind in Bezug auf eine bestimmte Person alle Personen, Gesellschaften oder sonstige Rechtsträger, die direkt oder indirekt Kontrolle über die betreffende Person ausüben, von dieser kontrolliert werden oder sich mit dieser unter gemeinsamer Kontrolle durch eine andere Person befinden, insbesondere verbundene Unternehmen im Sinne von § 15 AktG.

"Versicherungen des Auftraggebers" sind die in § 3.2 aufgeführten Versicherungen, die der Auftraggeber abzuschließen und aufrechtzuerhalten hat, einschließlich der Bauleistungsversicherung.

"Versicherungen des Lieferanten" umfassen die Betriebshaftpflichtversicherung einschließlich Umweltschaden- und Umwelthaftpflichtversicherung gemäß Vorgaben des § 5.7.

"Vertrauliche Informationen" sind:

- (a) alle Informationen, die einer Partei oder ihren Repräsentanten im Zusammenhang mit dem Projekt in beliebiger Form (sei es schriftlich, mündlich,

auf elektronischem Wege oder anderweitig) zur Verfügung gestellt werden und die sich auf die andere Partei oder ihre verbundenen Unternehmen oder deren jeweilige Geschäftsbetriebe, Vermögensgegenstände, Vertragsbeziehungen, Organmitglieder, Arbeitnehmer, rechtliche oder wirtschaftliche Situation oder Geschäftsaussichten beziehen; sowie

- (b) alle Informationen – auch ohne gesonderte Kennzeichnung als vertrauliche Information – im Zusammenhang mit:
 - (i) Produkten und Produktideen;
 - (ii) (Fertigungs-)Methoden, Verfahren, Materialien, Forschungsdaten, Mustern und Spezifikationen;
 - (iii) technischem und softwaretechnischem Know-how;
 - (iv) Preisen und Konditionen;
 - (v) Dokumentationen, Screenshots und Schulungsunterlagen;
 - (vi) nicht veröffentlichten Schutzrechten;
 - (vii) Erkenntnissen über innerbetriebliche Verhältnisse und Vorgänge; und
 - (viii) sonstigen Betriebsinterna der Parteien wie z.B. Angaben über Zulieferer, Kosten, Preisfindung, Forschungs- und Entwicklungsprogramme etc., von denen die andere Partei im Rahmen der Zusammenarbeit erfährt, auch wenn diese Betriebsinterna keinen Bezug zum Projekt aufweisen.
- (c) Nicht Teil der vertraulichen Informationen sind jedoch Informationen, die
 - (i) zum Zeitpunkt der Offenlegung bereits öffentlich zugänglich waren;
 - (ii) nach dem Zeitpunkt der Offenlegung öffentlich zugänglich werden, es sei denn, dies beruht auf einer Verletzung von § 21.8;
 - (iii) eine Partei von einem Dritten, auf nicht vertraulicher Basis erhalten hat, vorausgesetzt, dieser Dritte war nach Kenntnis der betroffenen Partei keiner Vertraulichkeitsbindung gegenüber der anderen Partei oder ihren Repräsentanten unterworfen;
 - (iv) durch eine Partei unabhängig und ohne Nutzung vertraulicher Informationen entwickelt wurden; oder
 - (v) eine Partei der anderen Partei gegenüber in Textform ausdrücklich als nicht vertraulich bezeichnet hat.

"Werktag" ist jeder Kalendertag mit Ausnahme von Sonntagen, bundeseinheitlichen Feiertagen und Feiertagen in Bayern.

"Zahlungsplan" bezeichnet den Zahlungsplan in Anlage 11 (*Abschlagszahlungen*).

1.2 Widerspruchsregelung

- (a) Sofern und soweit Widersprüche zwischen den Klauseln dieses Vertragstextes und einzelnen oder mehreren Bestimmungen der Anlagen bestehen, ist der Vertragstext maßgebend.
- (b) Das Vorstehende gilt nicht in Bezug auf technische Spezifikationen und Anforderungen, welche Konstruktion, Planung, Betrieb und/oder Prüfung des Fördersystems betreffen. In einem solchen Fall ist die jeweilige Anlage oder das jeweilige Dokument maßgebend, die oder das entsprechende technische Spezifikationen enthält.

2 INKRAFTTRETEN

Dieser Vertrag kommt durch Erteilung des Zuschlags an den Lieferanten als erfolgreichen Bieter zustande.

3 PFLICHTEN DES AUFTRAGGEBERS

Der Auftraggeber hat auf eigene Kosten die folgenden Leistungen und Maßnahmen zu erbringen:

3.1 Genehmigungen, die der Auftraggeber einzuholen hat

- (a) Der Auftraggeber hat alle erforderlichen Genehmigungen, mit Ausnahme von Genehmigungen, die der Lieferant einzuholen hat, so rechtzeitig einzuholen oder einholen zu lassen und sie während der Erbringung der Leistungen des Lieferanten nach diesem Vertrag in dem Umfang aufrechtzuerhalten, dass der Lieferant seine Leistungen gemäß dem Projektzeitplan (Anlage 2) erbringen kann.
- (b) Der Auftraggeber hat dem Lieferanten Auszüge oder Kopien der für die die Vertragserfüllung notwendigen Genehmigungen elektronisch oder in Papierform zukommen zu lassen. Soweit die Genehmigungen bereits vor dem Abschluss des Vertrags beim Auftraggeber eingegangen sind, werden diese dem Lieferanten innerhalb einer Woche nach dem Abschluss des Vertrags übergeben, und alle Genehmigungen, die dem Auftraggeber zu einem späteren Zeitpunkt erteilt werden, werden dem Lieferanten unverzüglich nach Erhalt zugeschickt. Betreffend die BImSchG-Genehmigung des GfA werden dem Lieferanten die relevanten Vorgaben zur Kenntnis gebracht.

3.2 Versicherungen des Auftraggebers

- (a) Der Auftraggeber ist Mitversicherter unter einer Betriebshaftpflichtversicherung des GfA mit einer Deckungssumme in Höhe von mindestens EUR 10 Mio. (in Worten: zehn Millionen Euro) für Personen- und Sachschäden sowie einer Umwelthaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme in Höhe von mindestens EUR 10 Mio. (in Worten: zehn Millionen Euro) abgeschlossen und hält diese während der gesamten Vertragsdauer aufrecht.
- (b) Der Auftraggeber plant, für die Montage des Systems eine Bauleistungsversicherung abzuschließen.

3.3 Bereitstellung und Zugang des Bohrplatzes

- (a) Der Auftraggeber hat sich rechtzeitig vor Beginn des Antransportes der ESP und des Transformators/Frequenzumrichters ausreichende Wege- und Nutzungsrechte an dem Bohrplatz gesichert.

- (b) Der Auftraggeber gewährt dem Lieferanten Zugang zum Bohrplatz, soweit dies für die Ausführung der vertragsgegenständlichen Leistungen erforderlich ist. Einzelheiten zur Erreichbarkeit der Baustelle sind in den Angaben zum Bohrplatz in der Anlage 1 (*Betriebsgelände des GfA und Bohrplatz*) festgelegt. Dies lässt die Verpflichtung des Lieferanten, sich von der Erreichbarkeit des Betriebsgrundstücks des GfA, einschließlich der Prüfung hinreichender Tragfähigkeit von Brückenbauwerken, zu vergewissern und die entsprechenden verkehrsrechtlichen Genehmigungen einzuholen, unberührt (vgl. § 5.1(b)). Die Regelungen des § 5.10 sind zu beachten.
- (c) Der Auftraggeber stellt dem Lieferanten einen diesem Vertrag als Anlage 1 (*Betriebsgelände des GfA und Bohrplatz*) beigefügten Lageplan für die Planung seiner Arbeiten zur Verfügung.
- (d) Der Bohrplatz ist auf dem Betriebsgelände des GfA durch eine für Schwerlasttransporte geeignete Zufahrt erreichbar. Auf die Darstellungen in Anlage 1 (*Betriebsgelände des GfA und Bohrplatz*) wird verwiesen. Die möglichen Schleppkurven für den Antransport der ESP müssen vorab vom Lieferanten geprüft werden. Dem Auftraggeber obliegt die bauliche Unterhaltung der Zufahrt sowie die Straßenreinigung und Winterdienst auf den Zufahrtsstraßen auf dem Betriebsgelände des GfA und der Umfahrung des Bohrplatzes. Die jederzeitige Befahrbarkeit des Bohrplatzes im Umfahungsbereich sowie von sonstigen, vom Auftraggeber als befahrbar angegebenen Bereichen muss ohne sicherheitstechnische Einschränkungen durch Schwer- und Großraumtransporte einschließlich Kraneinsätzen möglich sein.

3.4 Weitere vom Auftraggeber beizustellende Leistungen

Der Auftraggeber stellt auf seine Kosten zur Verfügung:

- (a) Anschlusspunkt für die Stromversorgung des Transformator/Frequenzumrichter am Container (die Leitung wird vom AG gestellt);
- (b) Förder- und Injektionsrohre;
- (c) Anschluss der Surface Unit an das Leitsystem der GfA; und
- (d) Verbindende Rohrleitungen von den Bohrungen zum Fernwärmegebäude und innerhalb des Gebäudes zum Anschluss der Wärmetauscher und Feinfilter

4 VERTRAGSGEGENSTAND

Der Lieferant schuldet die Lieferung, Einbau und Inbetriebnahme eines in Anlage [●] näher spezifizierten Thermalwasserfördersystems, bestehend aus einer Tauchkreiselpumpe (*electrical submersible pump*, "ESP"), Transformator/Frequenzumrichter, Steuerung und Verkabelung gemäß den Vorgaben in Anlage 7 (*Funktionale Leistungsbeschreibung*).

5 PFLICHTEN DES LIEFERANTEN

5.1 Vorbereitende Tätigkeiten

- (a) Der Lieferant prüft die Unterlagen, die ihm der Auftraggeber übergeben hat. Von ihm erkannte offensichtliche Unrichtigkeiten teilt der Lieferant dem Auftraggeber mit.
- (b) Der Lieferant hat vor Beginn der Arbeiten die entsprechenden Transportrouten zum Bohrplatz auf Eignung für Schwerlasttransporte, insbesondere die Tragfähigkeit von Brücken zu prüfen

und trägt hierfür die Verantwortung. Die Einholung verkehrsrechtlicher Genehmigungen obliegt dem Lieferanten.

- (c) Der Lieferant hat vor Abgabe des Angebotes einen Vor-Ort-Termin durchzuführen. Dieser ist vom Auftraggeber schriftlich zu bestätigen.

5.2 Leistungsumfang

- (a) Der Lieferant ist verpflichtet das Fördersystem gemäß den vom Auftraggeber vorgegebenen Eckparametern in Anlage [●] entsprechend auszulegen und zu liefern.
- (b) Daneben hat der Lieferant das Fördersystem gemäß den Vorgaben in Anlage [●] einzubauen und anzuschließen. Dabei behält sich der Auftraggeber das Recht vor, den Einbau selbst durchzuführen oder von einem Dritten durchführen zu lassen und wird den Lieferanten rechtzeitig über die Ausübung dieses Rechts informieren. In diesem Fall erfolgt ein entsprechender Abzug des in § 16 ausgewiesenen Preises für den Einbau des Fördersystems vom Vertragspreis.
- (c) Nach Abschluss des Anschlusses des Fördersystems, hat der Lieferant eine Druck- und Funktionsprüfung gemäß den Vorgaben in Anlage [●] durchzuführen, und das Fördersystem in Betrieb zu nehmen.
- (d) Der Lieferant wird im Anschluss an die Inbetriebnahme eine Einweisung des Personals des Auftraggebers gemäß den Vorgaben in Anlage [●] durchführen.

5.3 Ausführung der Arbeiten

Der Lieferant ist verpflichtet:

- (a) alle Leistungen zu erbringen, die zur mangelfreien Inbetriebsetzung und Aufrechterhaltung der Verfügbarkeit des Fördersystems gemäß Leistungsbeschreibung in Anlage 9 (*Funktionale Leistungsbeschreibung*) erforderlich sind.
- (b) sämtliche Materialien sowie sämtliche Ausrüstung, Werkzeuge, Instrumente, Geräte, Ersatz- und Bauteile zu liefern, die zur Durchführung seiner Leistungen nach Stand der Technik, den Industrienormen, der Leistungsbeschreibung in Anlage 9 (*Funktionale Leistungsbeschreibung*) sowie den Anforderungen dieses Vertrags erforderlich sind;
- (c) unbeschadet der Regelung in § 12.2(c) jeder Anordnung des Auftraggebers Folge zu leisten;
- (d) dafür Sorge zu tragen, dass jeder seiner Nachunternehmer und Lieferanten seine Arbeit mangelfrei und gemäß den Bedingungen dieses Vertrags sowie in Übereinstimmung mit den Industrienormen, dem geltenden Recht und den Genehmigungsaufgaben ausführt und abschließt. Der Lieferant haftet für seine Nachunternehmer und sonstigen Verrichtungsgehilfen wie für seine eigenen Handlungen oder Unterlassungen;
- (e) alle relevanten Sicherheitsdokumente und Betriebsmittel (einschließlich aller Unterlagen in Bezug auf die Nachunternehmer und Lieferanten) auf dem Bohrplatz aufzubewahren;
- (f) alle Genehmigungsaufgaben einzuhalten, einschließlich der Aufstellung der erforderlichen Managementsysteme;

- (g) sämtliche Arbeiten in Übereinstimmung mit den Bedingungen des Fördermittelbescheids des Auftraggebers zu erbringen, soweit diese mitgeteilt wurden; und
- (h) alle vertragsgegenständlichen Leistungen in Übereinstimmung mit den einschlägigen Industrienormen auszuführen, es sei denn, dieser Vertrag definiert einen höheren Standard.

5.4 Leistungsbeschreibung, Arbeitsprogramme, Ausrüstung und Materialien

- (a) Der Lieferant ist verpflichtet, auf Basis der funktionalen Leistungsbeschreibung des Auftraggebers in Anlage 9 (*Funktionale Leistungsbeschreibung*). Der Lieferant ist weiterhin verpflichtet, dem Auftraggeber das Engineering [●] Monate nach Auftragsvergabe vorzulegen. Der Auftraggeber wird dies prüfen und kommentieren.
- (b) Die inhaltliche Verantwortlichkeit für das Engineering liegt beim Lieferanten. Auch wenn der Auftraggeber nach Vorlage Bedenken anzeigt, ändert dies nichts an dieser Verantwortlichkeit des Lieferanten.
- (c) Der Lieferant ist verpflichtet, die Arbeitsprogramme einzuhalten, die von der Bergbehörde im Rahmen der Genehmigung des Haupt- und/oder der Sonderbetriebspläne genehmigt wurden; die Verpflichtung erstreckt sich dabei auch auf behördliche Nebenbestimmungen. Für den Fall, dass dem Lieferanten Umstände bekannt werden, die entweder den Lieferanten daran hindern, einem Arbeitsprogramm zu folgen oder es vernünftig oder vorteilhaft erscheinen lassen (aus der Sicht eines erfahrenen Lieferanten), vom Arbeitsprogramm erheblich abzuweichen, um den Erfolg des Projekts zu gewährleisten, wird er den Auftraggeber unverzüglich darüber informieren.

5.5 Prüf- und Hinweispflichten des Lieferanten

- (a) Der Lieferant muss prüfen, ob er die ihm obliegenden Leistungen auf der Grundlage der ihm zur Verfügung gestellten funktionalen Leistungsbeschreibung, Planungsunterlagen, Genehmigungen und sonstiger vertragsrelevanter Unterlagen fachgerecht und mangelfrei erbringen kann. Diese Pflicht die Prüfung folgender vom Auftraggeber übergebender Unterlagen:
 - (i) Alle Bescheide der zuständigen Behörden; und
 - (ii) funktionale Leistungsbeschreibung.
- (b) Ferner gelten die gleichen Prüf- und Hinweispflichten in Bezug auf etwaige nachträgliche Anordnungen des Auftraggebers. Der Lieferant ist verpflichtet, seine etwaigen fachlichen Bedenken unverzüglich und schriftlich dem Auftraggeber mitzuteilen. Mündliche Bedenkenanmeldungen genügen nicht; ebenso genügen keine protokollarischen Festlegungen in Besprechungsprotokollen. Vielmehr sind mit Blick auf die Bedeutung solcher etwaigen Planungsfehler stets zwingend schriftlich Bedenken anzumelden.
- (c) Zur Klarstellung wird vereinbart: Die obigen Prüf- und Hinweispflichten beschränken sich auf die Prüfung und ggf. Bedenkenanmeldung unter dem Blickwinkel, ob der Lieferant seine vertragsgegenständlichen Leistungen auf der Grundlage der ihm übergebenen Unterlagen fachgerecht erbringen kann. Den Lieferanten trifft darüber hinaus keine eigene Planungsverantwortung für die ihm übergebenen Unterlagen.

5.6 Temporäre Einrichtungen und Versorgungseinrichtungen

Bis zum Abschluss der Arbeiten hat der Lieferant alle temporären Kommunikationseinrichtungen, Wasser- und Energieverteilung auf dem Baugelände, sowie Sanitäreinrichtungen und weitere im Arbeitsumfang genannten Einrichtungen, die vom Lieferanten und seinen Nachunternehmern sowie ihren Mitarbeitern im Laufe der Ausführung der Arbeiten genutzt werden, bereitzustellen.

5.7 Versicherungen des Lieferanten

- (a) Der Lieferant hat alle nachstehenden Versicherungen abzuschließen, während der gesamten Projektzeit aufrechtzuerhalten und nachzuweisen. Der Lieferant stellt sicher, dass keine Unterversicherung vorliegt. Der Nachweis des Abschlusses der jeweiligen Versicherung erfolgt vor erster Ausführung einer Leistung durch Vorlage der Versicherungspolice und einer entsprechenden Deckungsbestätigung des Versicherers über den Versicherungsschutz gegenüber dem Auftraggeber.
- (b) Die Versicherungen des Lieferanten umfassen neben einer Betriebshaftpflichtversicherung eine Umweltschaden- und Umwelthaftpflichtversicherung mit jeweils einer Mindestdeckungssumme von EUR 10 Mio. (in Worten: zehn Millionen Euro) bei einer zweifachen Maximierung.
- (c) Der Lieferant sichert zu, dass alle Versicherungen so rechtzeitig abgeschlossen werden, dass zu jedem Leistungszeitpunkt voller Versicherungsschutz gegeben ist.
- (d) Der Lieferant ist verpflichtet, sämtliche Ereignisse, die nach seiner Kenntnis einen Versicherungsfall auslösen können, zu dokumentieren und bei der Bearbeitung von Versicherungen aktiv mitzuwirken, auch soweit sich dies auf die Versicherungen des Auftraggebers bezieht. In diesen Fällen muss der Lieferant den Auftraggeber in der Abwicklung etwaiger Schadensfälle des Auftraggebers unterstützen.

5.8 Arbeitsorganisation

Der Lieferant hat, unbeschadet der weiteren Vorgaben in § 5.17, eine qualifizierte und kompetente Arbeitsorganisation mit einer angemessenen Kapazität und Anzahl an Personal, einer Sicherheitsfachkraft, Ausrüstung, Materialien und Einrichtungen auf dem Bauplatz sicherzustellen, damit die Arbeiten auf eine sichere, effiziente, umweltfreundliche und professionelle Art ausgeführt werden können.

5.9 Mitwirkung bei Genehmigungen, die der Auftraggeber einholt

Der Lieferant hat die vom Auftraggeber vernünftigerweise angeforderte oder nach geltendem Recht erforderliche und zumutbare Unterstützung für den Prozess zur Erlangung, Aufrechterhaltung, Ausführung, Erweiterung und/oder Wiedererlangung einer Genehmigung zu leisten.

5.10 Bauplatznutzung, Bauplatzbedingungen

- (a) Der Lieferant ist verpflichtet:
 - (i) ausschließlich Wege und Eingänge zum Bauplatz zu nutzen, die vom Auftraggeber zum Betreten oder Verlassen des Bohrplatzes für Personal, Ausrüstung, Materialien und Fahrzeuge festgelegt wurden;

- (ii) die Arbeiten in Übereinstimmung mit Nutzungsrechten des Auftraggebers am und in Bezug auf den Bohrplatz auszuführen, soweit der Auftraggeber den Lieferanten über deren Reichweite und bestehende Einschränkungen informiert hat;
 - (iii) sämtliche geltende Regelungen des Nutzungsrechts am Bauplatz in Bezug auf den Zutritt zum Bohrplatz und Tätigkeiten auf dem Bohrplatz, der dem Lieferanten zur Verfügung gestellt wurde, zu beachten und zu erfüllen.
- (b) Der Lieferant erklärt, dass er sich von dem vorgesehenen Bauplatz ein Bild gemacht hat und die ohne weitere Untersuchungen erkennbaren physischen und anderen Bedingungen des Bauplatzes und Bedingungen der näheren Umgebung insgesamt berücksichtigt hat. Hiervon umfasst sind auch die Bedingungen in Bezug auf
 - (i) Umwelt, Transport, Zugang, Abfallentsorgung, Handhabung und Lagerung von Materialien;
 - (ii) Klimaverhältnisse und Jahreszeiten; und
 - (iii) weitere Bedingungen, die für die Erfüllung der Verpflichtungen nach diesem Vertrag wesentlich sein können.
- (c) Der Lieferant übergibt den Bauplatz an den Auftraggeber „besenrein“ und vollständig geräumt.

5.11 Sicherheitsmaßnahmen

Da das Personal des Lieferanten auch das Gelände des GfA nutzt, wird eine Sicherheitseinweisung durch den AG vor Beginn der Arbeiten durchgeführt.

5.12 Einhaltung der Fremdfirmenordnung und Brandschutzordnung

Bei der Erbringung von Leistungen auf dem Bohrplatz und dem Aufenthalt auf dem Betriebsgelände des GfA ist die jeweils geltende Fremdfirmenordnung und Brandschutzordnung von dem Lieferanten, dessen Personal und etwaigen Nachunternehmern jederzeit zu beachten und einzuhalten.

Die Fremdfirmenordnung ist digital abrufbar unter: https://www.gfa-online.com/wp-content/uploads/2023/03/2023-03-06_FremdfirmenOrdnung-Onlineausgabe.pdf

Die Brandschutzordnung ist digital abrufbar unter: https://www.gfa-online.com/wp-content/uploads/2024/08/2024-08-29_Brandschutzordnung-Onlineausgabe.pdf

5.13 Einhaltung vom geltenden Recht, Genehmigungen, Industrienormen und Standards

Der Lieferant hat seine Leistungen in Einklang mit geltendem Recht und unter Einhaltung sämtlicher relevanter Genehmigungsaufgaben und Nebenbestimmungen zu Genehmigungen sowie gemäß einschlägigen Industrienormen zu erbringen. Der Lieferant muss insbesondere alle ihm durch den Auftraggeber mitgeteilten Auflagen und Bedingungen der bestehenden BImSchG-Genehmigung betreffend das Betriebsgelände und die Anlagen des GfA einhalten. Für die Fälle einer nachträglichen Änderung gilt § 12 (Eintritt eines unvorhergesehenen Ereignisses).

Sofern Auflagen oder sonstige Nebenbestimmungen nach Abschluss dieses Vertrags erlassen werden, mit denen ein erfahrener, im Bereich des zuständigen Bergamts tätiger Lieferant nicht rechnen konnte, und hieraus Mehrkosten für den Lieferanten entstehen, hat der Lieferant einen Anspruch auf Vergütung dieser Mehrkosten gegen den Auftraggeber. Die Parteien werden sich im zumutbaren Rahmen bemühen solche Auflagen und sonstigen Nebenbestimmungen abzuwenden oder zu begrenzen und die daraus resultierenden Mehrkosten möglichst niedrig zu halten.

5.14 Qualitätssicherungsprogramm

Der Lieferant nutzt Verfahren und Programme zur Qualitätssicherung und Dokumentation, die den aktuellen regulatorischen Anforderungen, Genehmigungsaufgaben sowie dem anwendbaren Recht entsprechen.

5.15 Beschaffung und Handhabung von Geräten und Materialien

Der Lieferant hat die komplette Beschaffung und Handhabung der Ausrüstung und Materialien für seine Leistungen zu organisieren, einschließlich der Prüfung, Qualitätskontrolle, Transport, Be- und Entladung, Zollabfertigung, Annahme und Lagerung. Sämtliche Ausrüstung und Materialien sollen in strikter Übereinstimmung mit den Empfehlungen des jeweiligen Herstellers gelagert und gewartet werden.

5.16 Allgemeine Berichte und Informationspflichten des Lieferanten, Inspektionen des Auftraggebers, Vertrags-Jour Fixe

- (a) Der Lieferant hat dem Auftraggeber nach Vertragsbeginn wöchentlich den Fortschritt des Projekts mitzuteilen. Die Informationen müssen dem Auftraggeber in die Lage versetzen, seinen Berichtspflichten gegenüber den zuständigen Gremien zu genügen. Die Parteien werden hierzu noch eine Berichtsform vereinbaren, und im erforderlichen Umfang Informationstreffen auf Ebene der Geschäftsführung vereinbaren.
- (b) Der Lieferant hat die gesamte Verantwortung hinsichtlich Wareneingangskontrolle, Terminüberwachung, Qualitätskontrolle und weiterer ähnlicher Dienstleistungen, die zur Ausführung der Arbeiten erforderlich sind, einschließlich der Überprüfung der gesamten Ausrüstung und Materialien, die für die Ausführung der Arbeiten verwendet werden ("**Inspektion**").
- (c) Der Auftraggeber und jeder seiner Vertreter sind berechtigt, die Arbeiten sowie jeden ihrer nach diesem Vertrag ausgeführten Abschnitte zu begutachten, prüfen zu lassen sowie sämtlichen Inspektionen beizuwohnen. Dies umfasst auch die Fertigungskontrolle und den Factory Acceptance Test im Werk des Lieferanten gemäß § 11.2(b). Die Vertreter des Auftraggebers werden dem Lieferanten namentlich bekannt gegeben. Der Lieferant wird den Auftraggeber oder dessen Vertreter zu den Begutachtungen rechtzeitig einladen.
- (d) Die Parteien werden ab Vertragsschluss einen wöchentlichen Abstimmungstermin in Präsenz unter Beteiligung der Geschäftsführung des Auftraggebers etablieren. Die virtuelle Teilnahme einzelner Beteiligten erfordert die Zustimmung des Auftraggebers. Im Abstimmungstermin werden u.a. Änderungen im Projektzeitplan behandelt.

5.17 Arbeitnehmereinsatz

(a) Verantwortlichkeit für Arbeitnehmer

Dem Lieferanten obliegt in eigener Verantwortung die Organisation und Führung seiner Mitarbeiter. Er übt in eigener Verantwortung die Direktions- und Weisungsrechte des Arbeitsgebers aus, unbeschadet der in den nachfolgenden Bestimmungen vorgesehenen Rechte des Auftraggebers gegenüber dem Lieferanten.

(b) Arbeitskämpfe

- (i) Der Lieferant trägt das Risiko von Arbeitskämpfen in seinem Betrieb oder in den Betrieben seiner Nachunternehmer und Lieferanten und ist nicht berechtigt, aufgrund eines Arbeitskampfes Ansprüche gegen den Auftraggeber geltend zu machen.
- (ii) Der Lieferant setzt den Auftraggeber zeitnah schriftlich über jeden ihm bekannten stattfindenden oder drohenden Arbeitskampf in Kenntnis, der die Ausführung der Arbeiten durch den Lieferanten oder einen seiner Nachunternehmer oder Lieferanten wesentlich beeinflussen könnte.

(c) Personalunterlagen und Lizenzen

Der Lieferant stellt sicher, dass sein gesamtes Personal und das gesamte Personal seiner Nachunternehmer, das die Arbeiten ausführt, über alle Dokumente verfügt (insbesondere Visa, Führerscheine, Arbeitsgenehmigungen), die nach dem geltenden Recht erforderlich sind. Darüber hinaus müssen alle Personen, die einen Teil der Leistungen ausführen werden, über alle geschäftlichen und beruflichen Zertifizierungen oder Lizenzen, die nach geltendem Recht und den Genehmigungsaufgaben erforderlich sind, um die Verpflichtungen aus diesem Vertrag zu erfüllen, verfügen. Der Lieferant hat dies vor Aufnahme der Leistungen ohne Aufforderungen gegenüber dem Auftraggeber nachzuweisen.

(d) Schlüsselpersonal

Der Lieferant benennt binnen 14 Kalendertagen nach Vertragsschluss in Anlage 6 einen Projektmanager, der die Arbeiten des Lieferanten und seiner Nachunternehmer überwacht und koordiniert. Die Benennung mehrerer gleich geeigneter Personen für dieselbe Position ist zulässig. Für die zentralen Funktionen sind jeweils Stellvertreter zu benennen.

Beabsichtigt der Lieferant, Personen, die Schlüsselpersonal darstellen, auszutauschen, so teilt er dies dem Auftraggeber vorab mit. Der Auftraggeber kann verlangen, dass ihm die Gleichwertigkeit des geplanten Ersatzes nachgewiesen wird.

(e) Abberufungsrecht des Auftraggebers

Unmittelbar nach einer Aufforderung des Auftraggebers und so bald wie möglich hat der Lieferant oder, nach entsprechender Aufforderung durch den Lieferanten, der betroffene Nachunternehmer die die Arbeiten ausführenden Mitarbeiter vom Bohrplatz zu entfernen, wenn der Auftraggeber durch eine begründete Erklärung nachweist, dass diese Mitarbeiter eine Gefahr für die Sicherheit oder ein wesentliches Risiko für die ordnungsgemäße Vertragsdurchführung sind.

(f) Projektleiter/Stellvertretender Projektleiter

Der vom Lieferanten ernannte und vom Auftraggeber genehmigte Projektleiter, der in Anlage 6 (*Organigramm*) benannt ist, trägt die Verantwortung für die Ausführung der Arbeiten und fungiert als Ansprechpartner im Auftrag des Lieferanten in allen technischen Angelegenheiten.

(g) Kontaktdaten

Die Kontaktdaten des Schlüsselpersonals des Lieferanten sowie der weiteren für die Vertragsdurchführung wesentlichen Personen sind in Anlage 4 (*Kontaktdaten*) enthalten. Anlage 4 (*Kontaktdaten*) wird von den Parteien unverzüglich nach Vertragsschluss erstellt, sobald die relevanten Personen feststehen. Der Lieferant stellt die ausreichende Erreichbarkeit seines Schlüsselpersonals sicher. Die Parteien achten auf die Einhaltung des Datenschutzes.

5.18 Öffentlichkeitsarbeit

Der Lieferant unterstützt den Auftraggeber in angemessenem Umfang bei der Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt Geiselbullach.

6 ZUSICHERUNGEN DES LIEFERANTEN

Der Lieferant bestätigt dem Auftraggeber, dass die Angaben des Lieferanten in diesem § 6 im Zeitpunkt des Abschlusses dieses Vertrags vollständig und korrekt sind.

6.1 Gesellschaftsrecht und Kreditwürdigkeit

- (a) Der Lieferant ist eine Gesellschaft, die nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland ordnungsgemäß gegründet wurde, rechtmäßig fortbesteht und kreditwürdig ist.
- (b) Der Lieferant verfügt über die uneingeschränkte Berechtigung und Fähigkeit, seine Pflichten nach diesem Vertrag zu erfüllen.
- (c) Der Lieferant ist und bleibt nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland ordnungsgemäß lizenziert und qualifiziert.

6.2 Fachliche Kompetenz

- (a) Der Lieferant verfügt über die erforderlichen Befugnisse, Fähigkeiten, Kompetenzen, Erfahrungen und Kapazitäten, um die Arbeiten auszuführen, und wird diese gewissenhaft, termingerecht und professionell unter Anwendung der allgemein anerkannten Regeln der Technik, Projektmanagementverfahren, Aufsichtsverfahren sowie in Übereinstimmung mit den Industrienormen ausführen.
- (b) Der Lieferant übernimmt die im Vergabeverfahren gegenüber dem Auftraggeber eingegangenen Verpflichtungen und Zusicherungen betreffend Eignung und Leistungsfähigkeit.

6.3 Eigentum an den Materialien

Der Lieferant ist Inhaber aller Materialien und es bestehen keine Belastungen mit Ausnahme zulässiger Belastungen (z.B. handelsübliche Eigentumsvorbehalte der Lieferanten).

6.4 Recht an geistigem Eigentum

Der Lieferant ist Inhaber aller Rechte an geistigem Eigentum oder hat das Recht, diese zu nutzen, ohne dass Rechte Dritter beeinträchtigt werden.

6.5 Geschäftspraktiken

Der Lieferant hat, weder direkt noch durch seine Mitarbeiter, Vertreter und/oder Nachunternehmer Zahlungen oder Wertgegenstände an Behördenbeamten (einschließlich aller Beamten oder Mitarbeiter von Behörden) mit dem Ziel vorgenommen oder übergeben, seine/oder ihre Entscheidungen zu beeinflussen oder Vorteile für den Auftraggeber in Bezug auf die nach diesem Vertrag auszuführenden Arbeiten zu ziehen; er wird dies auch nicht während der Laufzeit dieses Vertrags tun. Weder der Auftraggeber noch einer seiner Vertreter und/oder Mitarbeiter hat Handlungen vorgenommen, die geltendes Recht verletzen; er wird solche während der Laufzeit des Vertrags nicht vornehmen. Der Auftraggeber wird den Lieferanten unverzüglich über eine Verletzung dieser Vertragsverpflichtung in Kenntnis setzen.

6.6 Mitarbeiter

- (a) Der Lieferant beschäftigt nur Mitarbeiter, für die der Lieferant die einschlägigen Bestimmungen des geltenden Steuer- und Sozialversicherungsrechts erfüllt hat. Bei Mitarbeitern, deren dauerhafter Wohnsitz sich nicht in Deutschland befindet, sind die einschlägigen EU-Regulierungen zu beachten. Der Lieferant beachtet auch die Unfallverhütung sowie die allgemein anerkannten technischen Sicherheitsvorschriften und die Gesundheitsvorschriften und -anforderungen.
- (b) Der Lieferant stellt sicher, dass die Nachunternehmer und Lieferanten in Bezug auf ihre Mitarbeiter die Bestimmungen des § 6.6(a) sowie des § 5.17(c) einhalten und stellt im Falle der Nichteinhaltung den Auftraggeber von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei.

6.7 Arbeitssicherheit

Der Lieferant stellt dem Auftraggeber sein SGU-Management-Handbuch (Sicherheit, Gesundheit, Umweltschutz; auch sog. SGD (Sicherheit- und Gesundheitsschutzdokument)) zur Verfügung.

6.8 Einbeziehung der Angaben im Vergabeverfahren

Zusätzlich zu den vorgenannten vertraglichen Zusicherungen, bestätigt der Lieferant, dass die im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs und des Vergabeverfahrens, inklusive aller Verhandlungsrunden, getätigten Angaben und entsprechende Unterlagen korrekt sind und Vertragsbestandteil werden.

7 BEGINN DER LEISTUNGEN UND PROJEKTZEITPLAN

7.1 Rechtzeitiger Projektstart

- (a) Der Lieferant ist verpflichtet, baldmöglichst mit der Präzisierung seiner Planung zu beginnen. Der Beginn der Montagearbeiten ist mit dem Auftraggeber abzustimmen.
- (b) Eine Verspätung der Inbetriebsetzung des Fördersystems von bis zu einer Woche wird nicht pönalisiert (Kulanzzeitraum). Eine darüber hinausgehende Verspätung wird mit einer Vertragsstrafe belegt, die wie folgt ermittelt wird:

Für jeden Kalendertag der Verspätung, der über den Kulanzzeitraum hinausgeht, ist ein Betrag in Höhe von [●] Prozent der beauftragten Lieferungen und Leistungen zu zahlen. Dies gilt nicht, soweit der Lieferant die Verspätung nicht zu vertreten hat. Die nach diesem § 7.1(b) maximal zu zahlende Pönale ist begrenzt auf einen Betrag in Höhe von [●] Prozent der beauftragten Lieferungen und Leistungen. Sofern nach den vorstehenden Regelungen eine Vertragsstrafe zu zahlen ist, wird die Pönale nach Vorlage der Schlussrechnung des Lieferanten vom Auftraggeber geltend gemacht, ein Vorbehalt in einem Abnahmeprotokoll ist nicht erforderlich.

7.2 Projektzeitplan

- (a) Die wichtigsten Arbeitsabläufe der Arbeiten sind im Projektzeitplan festgelegt (Anlage 2). Der Lieferant wird den Auftraggeber im Rahmen seiner regelmäßigen Berichte sowie bei Änderungs- und Beschleunigungsanordnungen über den Fortschritt der Arbeiten in Bezug auf die angestrebten Fertigstellungstermine informieren. Insbesondere dann, wenn Verzögerungen einzelner Vorgänge von mehr als zwei Kalendertagen eintreten, wird der Lieferant den Auftraggeber informieren und ein Treffen von Projektvertretern, Projektleiter sowie den Geschäftsführern des Auftraggebers einberufen. Die Treffen finden grundsätzlich in Person statt. Eine virtuelle Teilnahme ist nur in Ausnahmefällen nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers gestattet.
- (b) Die Parteien sind sich klar darüber, dass technische Verhältnisse zeitliche Auswirkungen während der Ausführung der vertragsgegenständlichen Leistungen haben. Diese können sowohl verlängernd als auch verkürzend wirken.
- (c) Der Lieferant hat die vertragsgegenständlichen Leistungen rechtzeitig zu beginnen, kontinuierlich auszuführen sowie zu vollenden.

8 EIGENTUMSÜBERGANG

- 8.1 Das Eigentum an Materialien und Ausrüstungen, die vom Lieferanten dauerhaft eingebaut werden, geht, soweit der Eigentumsübergang nicht bereits durch Verbindung mit dem Grundstück erfolgt ist, spätestens mit Zahlung der entsprechenden Vergütung auf den Auftraggeber über.
- 8.2 Der Lieferant wird angelieferte Materialien und Ausrüstungen unverzüglich auf Mängel untersuchen und festgestellte Mängel gegenüber dem Lieferanten geltend machen und den Auftraggeber hiervon in Kenntnis setzen.
- 8.3 Ein Eigentumsübergang auf den Auftraggeber entbindet den Lieferanten nicht von der Gefahrtragung für Materialien und Ausrüstungen. Der Lieferant ist ab Anlieferung von Materialien und Ausrüstungen für deren gewissenhafte Verwahrung verantwortlich.

9 HÖHERE GEWALT

9.1 Mitteilungen im Falle eines Ereignisses höherer Gewalt

- (a) Wenn die Fähigkeit einer Partei, ihre Verpflichtungen aus diesem Vertrag zu erfüllen, durch ein Ereignis höherer Gewalt beeinträchtigt wird, wird diese Partei unverzüglich, auf jeden Fall aber innerhalb von 2 Kalendertagen, nachdem diese Partei davon Kenntnis erlangt hat, die andere Partei über den Eintritt eines solchen Ereignisses schriftlich informieren. Die Mitteilung muss insbesondere Angaben zu den Umständen, Auswirkungen, der erwarteten Dauer des

Ereignisses höherer Gewalt sowie zu den voraussichtlichen Maßnahmen zur Schadensminderung enthalten.

- (b) Die Partei, die ein Ereignis höherer Gewalt beansprucht, stellt der anderen Partei unverzüglich nach Verfügbarkeit dieser Informationen für die beanspruchende Partei zusätzliche Unterlagen und/oder Analysen zur Verfügung. Die Beweislast liegt bei der antragstellenden Partei.
- (c) Innerhalb von 3 Werktagen nach Beendigung eines Ereignisses höherer Gewalt hat die Partei, die von diesem Ereignis betroffen war, der anderen Partei die Dauer dieses Ereignisses und seine Auswirkungen, falls zutreffend, auf den Projektzeitplan mitzuteilen.
- (d) Die vorgenannten Bestimmungen gelten entsprechend im Falle eines unvorhergesehenen Ereignisses.

9.2 Folgen eines Ereignisses höherer Gewalt

- (a) Sofern ein Ereignis höherer Gewalt eintritt, werden das Inbetriebnahmedatum und der Projektzeitplan um den Zeitraum verschoben bzw. verlängert, welcher mit dem Zeitraum übereinstimmt, währenddessen der Lieferant aufgrund des Ereignisses an der Ausführung der Arbeiten gehindert war.
- (b) Recht des Auftraggebers auf Ersatzvornahme

Der Auftraggeber kann nach eigenem Ermessen alle anhaltenden Ereignisse höherer Gewalt beseitigen und den Lieferanten auffordern, die vollständige oder gegebenenfalls teilweise Ausführung der vertragsgegenständlichen Leistungen innerhalb einer angemessenen Frist nach Eintritt eines Ereignisses höherer Gewalt wiederaufzunehmen, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- (i) Der Auftraggeber hat dem Lieferanten geeignete Maßnahmen erarbeitet und in Form einer Mitteilung übergeben, die auf Kosten des Auftraggebers gemäß einer Vertragsanpassung zu ergreifen sind;
- (ii) Der Lieferant hat diese Maßnahmen innerhalb von 10 Werktagen nach Erhalt der Mitteilung des Auftraggebers nicht ergriffen; und
- (iii) Der Auftraggeber könnte rechtmäßig und vernünftigerweise eine solche Maßnahme einleiten.

9.3 Schadensminderungspflicht

- (a) Zeitraum und Umfang der Unterbrechung der Erfüllung der Arbeiten aufgrund eines Ereignisses höherer Gewalt sind auf das unvermeidliche Minimum zu begrenzen. Sie umfassen jedoch eine angemessene Zeitspanne für Wiederherstellung sowie Remobilisierung der Ausrüstung und des Personals. Die betroffene Partei hat sich in angemessener Weise zu bemühen
 - (i) die Dauer einer Unterbrechung oder Verzögerung der Ausführung ihrer Verpflichtungen nach diesem Vertrag und die daraus entstandenen Kosten gering zu halten, einschließlich der Inanspruchnahme alternativer Bezugsquellen für Dienstleistungen, Ausrüstung und Materialien;

- (ii) die Ausführung ihrer Verpflichtungen nach dem Vertrag fortzusetzen; und
 - (iii) bestehende Hindernisse, die es ihr unmöglich machen, ihren Verpflichtungen nachzukommen, möglichst schnell zu beseitigen.
- (b) Sobald die betroffene Partei in der Lage ist, die Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus diesem Vertrag wiederaufzunehmen, hat sie die andere Partei hiervon schriftlich in Kenntnis zu setzen.

9.4 Rücktritt aufgrund eines lang andauernden Ereignisses höherer Gewalt

Wenn die durch Ereignisse höherer Gewalt verursachte Gesamtverzögerung 90 Kalendertage überschreitet, werden die Parteien Gespräche aufnehmen mit dem Ziel, eine Fortsetzung des Projektes zu erreichen. Kann keine einvernehmliche Lösung erzielt werden, hat der Auftraggeber das Recht, vom Vertrag mit einer Frist von 30 Werktagen gegenüber der anderen Partei gemäß § 15.3 zurückzutreten, wenn die durch Ereignisse höherer Gewalt verursachte Gesamtverzögerung 180 Kalendertage überschreitet.

10 EINSATZ VON NACHUNTERNEHMERN UND LIEFERANTEN

10.1 Nachunternehmer

- (a) Der Lieferant ist nicht berechtigt, die Leistungen ganz oder in Teilen ohne die vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers auf Nachunternehmer zu übertragen. Der Lieferant muss stets die erforderliche Eignung des für die Leistungserbringung vorgesehenen Nachunternehmers für die Erbringung der betreffenden Leistungen zeitgleich mit dem Zustimmungsverlangen nachweisen. Der Auftraggeber wird bei Feststellung der erforderlichen Eignung des Nachunternehmers für die Erbringung der betreffenden Leistungen nicht unbillig verweigern.
- (b) Vom Zustimmungserfordernis nach § 10.1(a) ausgenommen sind lediglich solche Nachunternehmer, die im Zeitpunkt des Vertragsschlusses in Anlage 10 (*Nachunternehmer*) gelistet sind, da der Lieferant diese Nachunternehmer bereits im Rahmen des Vergabeverfahrens entweder im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs und / oder der Angebots- und Verhandlungsphase benannt hat.
- (c) Alle Nachunternehmer müssen dem geltenden Recht entsprechen und über die notwendigen Qualifikationen verfügen. Insbesondere müssen Nachunternehmer, die vom Lieferanten zur Entsorgung von Schutt, Unrat oder sonstigen Abfällen beauftragt werden, über die erforderlichen abfallrechtlichen Zulassungen verfügen, diese sind dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen. Dem Auftraggeber ist das Recht einzuräumen, die Einhaltung der abfallrechtlichen Verpflichtungen durch den Lieferanten und seine Nachunternehmer zu überprüfen, dies schließt Transportwege und Entsorgungsstätten ein. Der Lieferant ist verpflichtet, dem Auftraggeber die Unterlagen und Nachweise zur Verfügung zu stellen, die dieser mit Blick auf die vom Lieferanten und dessen Nachunternehmer übernommenen Entsorgungsverpflichtungen verbundenen eigenen Verpflichtungen als abfallrechtlich Verpflichteter nachzukommen.
- (d) Der Wechsel eines in Anlage 10 (*Nachunternehmer*) genannten oder später mit Zustimmung des Auftraggebers eingebundenen Nachunternehmers ist ohne die vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers nicht zulässig. Bei einem Wechsel eines sogenannten eignungsleihgebenden Nachunternehmers – also eines Unternehmens, auf dessen Eignung der Lieferant sich im Rahmen des Vergabeverfahrens bezogen hat – muss vom Lieferant eine mindestens ebenso umfängliche Eignung des für die Leistungserbringung vorgesehenen neuen

Nachunternehmers zeitgleich mit dem Zustimmungsverlangen nachgewiesen werden. Der Auftraggeber wird die Zustimmung bei Feststellung der erforderlichen Eignung des Nachunternehmers für die Erbringung der betreffenden Leistungen nicht unbillig verweigern.

- (e) Der Lieferant bleibt voll und ausschließlich dem Auftraggeber gegenüber für eine ordnungsgemäße sowie termingerechte Leistungserbringung verantwortlich, als würden die Leistungen von ihm selbst ausgeführt. Die Nachunternehmer sind insoweit Erfüllungsgehilfen des Lieferanten.

10.2 Nachunternehmerverträge, Bestellungen, Lieferanten

Nachunternehmerverträge oder Bestellungen binden den Auftraggeber nicht.

10.3 Zusammenarbeit

Jede Partei hat zu kooperieren und gegebenenfalls ihre die Arbeiten auszuführenden Nachunternehmer und Lieferanten zur Kooperation mit der anderen Partei und deren Nachunternehmern und Lieferanten anzuhalten, um sicherzustellen, dass keine der beiden Parteien oder deren Nachunternehmer oder Lieferanten sich gegenseitig behindern.

11 ÜBERPRÜFUNGSRECHT DES AUFTRAGGEBERS UND QUALITÄTSKONTROLLE DER FERTIGUNG

11.1 Überprüfungsrecht des Auftraggebers

- (a) Der Auftraggeber kann jederzeit die Erfüllung der Verpflichtungen des Lieferanten nach diesem Vertrag überprüfen und ist berechtigt, den Lieferanten zur Erfüllung seiner Pflichten aus diesem Vertrag aufzufordern. Der Lieferant ist verpflichtet, den diesbezüglichen Anordnungen des Auftraggebers unverzüglich Folge zu leisten.
- (b) Der Lieferant hat dem Auftraggeber das von ihm verwendete Handbuch oder Leitfaden zur Qualitätssicherung der Arbeiten in einfacher Papierausführung, sowie digital zur Verfügung zu stellen.

11.2 Qualitätskontrolle der Fertigung

- (a) Während der Leistungserbringung bewerten der Auftraggeber und der Lieferant kontinuierlich die Qualität der Leistungserbringung gemäß Anlage 3 (*Qualitätsmerkmale*). Zur Qualitätskontrolle kann der Auftraggeber nach vorheriger Terminabsprache Werkstattbesuche durchführen. Sollte die Fertigung nicht innerhalb Europas stattfinden, hat der Lieferant den Fertigungsstand in geeigneter, vom Auftraggeber nachvollziehbarer Weise zu dokumentieren.
- (b) Der Auftraggeber ist berechtigt, am Factory Acceptance Test (FAT) in der Fertigung des Lieferanten teilzunehmen. Sollte dies aus geografischen Gründen nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich sein (z.B. Herstellung in den USA), hat der Lieferant den FAT in geeigneter Form zu dokumentieren.
- (c) Stellt der Auftraggeber fest, dass eine Leistung mangelhaft ist, so kann er vom Lieferanten schriftlich unter Benennung des Mangels und unter Einhaltung einer angemessenen Frist Abhilfe verlangen. Die Abhilfe ist vom Lieferanten auf eigene Kosten zu erbringen. Dies gilt nicht, sofern der Lieferant den Mangel nicht zu vertreten hat.

12 AUSFÜHRUNG GEÄNDERTER ODER ZUSÄTZLICHER LEISTUNGEN, OPTIONALE LEISTUNGEN

12.1 Allgemeines

- (a) Der Auftraggeber kann von dem Lieferanten die Ausführung geänderter oder zusätzlicher Leistungen durch entsprechende schriftliche Mitteilung, die von einem vertretungsberechtigten Vertreter des Auftraggebers zu erfolgen hat, verlangen ("**Änderungsanordnung**"). Ebenso kann der Auftraggeber in gleicher Weise eine Beschleunigung anordnen ("**Beschleunigungsanordnung**").
- (b) Als Änderungsanordnung des Auftraggebers liegt auch vor, wenn die Leistungsänderung aufgrund des Eintretens eines unvorhergesehenen Ereignisses erforderlich wird und es sich nicht um einen Fall handelt, in dem der Lieferant gemäß § **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** das Risiko zu tragen hat.

12.2 Rechtsfolgen einer Änderungsanordnung oder Beschleunigungsanordnung

- (a) Nach Erhalt einer Änderungsanordnung (bzw. dem Eintreten eines der in § 12.1(b) genannten Ereignisse) oder Beschleunigungsanordnung ist der Lieferant verpflichtet, dem Auftraggeber innerhalb von zwei Kalendertagen die Auswirkungen auf die Leistungserbringung mitzuteilen. Gleiches gilt für etwaige Bedenken des Lieferanten mit Blick auf die weitere Leistungsausführung.
- (b) Infolge einer Änderungsanordnung (bzw. dem Eintreten eines der in § 12.1(b) genannten Ereignisse) oder einer Beschleunigungsanordnung hat der Lieferant Anspruch auf eine zusätzliche Vergütung. Die Vergütung erfolgt auf Basis der dem Lieferanten aufgrund der Änderungs- oder Beschleunigungsanordnung tatsächlich entstandenen Mehrkosten zuzüglich angemessener Zuschläge für allgemeine Geschäftskosten, Wagnis und Gewinn gem. § 650c Abs. 1 BGB. Eine Hinterlegung einer Urkalkulation erfolgt nicht.
- (c) Der Lieferant ist ausnahmsweise auch vor der Einigung über das Nachtragsangebot zur Ausführung der geänderten oder zusätzlichen Leistungen verpflichtet, wenn
 - (i) der Auftraggeber schriftlich anordnet, dies zu tun;
 - (ii) feststeht, dass es sich um zusätzliche oder geänderte Leistungen oder eine Beschleunigung handelt bzw. der Auftraggeber schriftlich zusichert, dass er nach Feststellung, dass es sich um eine geänderte oder zusätzliche Leistung handelt, die hierfür zu zahlende Vergütung leisten wird;
 - (iii) sofern eine Zustimmung des Versicherers der Bauleistungsversicherung erforderlich ist, der Versicherer keine Einwände gegen eine solche Leistungsänderung erhebt (wobei der Auftraggeber berechtigt ist, dessen Zustimmung zu ermöglichen, indem er die von dem Versicherer als Voraussetzung für seine Zustimmung verlangte zusätzliche Risikoprämie trägt);
 - (iv) soweit gesetzlich vorgeschrieben, die Bergbehörde der Leistungsänderung zustimmt (wobei der Lieferant verpflichtet ist, den Auftraggeber bei der Beantragung dieser Zustimmung zu unterstützen); und
 - (v) eine solche Änderung in den Leistungen nicht rechtswidrig ist und nicht gegen geltendes Recht verstößt.

Der Lieferant ist in diesem Fall berechtigt, die Leistungen nach den tatsächlich erforderlichen Kosten mit angemessenen Geschäftskosten, Wagnis und Gewinn abzurechnen. Die Grundsätze der Streitbeilegung nach § 20 bleiben unberührt.

Eine Pflicht zur Ausführung besteht nicht, wenn die Ausführung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu einem Schaden führen würde.

13 INBETRIEBNAHME, TESTS UND ABNAHME DER LEISTUNGEN

13.1 Inbetriebnahme und Abnahme

- (a) Nach Abschluss der Arbeiten und Erreichen der Betriebsbereitschaft, wird der Lieferant den Auftraggeber davon schriftlich in Kenntnis setzen und ihn zur Abnahme auffordern.
- (b) Die Abnahme der zu erbringenden Leistungen erfolgt ausschließlich förmlich und unter Anwesenheit des Auftraggebers oder eines von ihm beauftragten Dritten. Eine konkludente Abnahme durch Nutzung ist ausgeschlossen.
- (c) Zur Abnahme erfolgt die Prüfung, ob alle Abnahmevoraussetzungen gemäß der Anlage 10 (*Inbetriebnahme, Tests und Abnahme*) erfüllt sind in Form des in Anlage 10 beschriebenen Leistungstests.
- (d) Die Abnahmemessung erfolgt unter Verwendung der Betriebsmesstechnik des GfA. Sollten weitergehende Messungen zum Nachweis der Qualitätsmerkmale erforderlich sein, so sind die entsprechenden geeichten/kalibrierten Messgeräte vom Lieferanten beizustellen. Der Lieferant übernimmt auch die Kosten für die Durchführung der Messungen durch ein akkreditiertes Messinstitut. Soweit Leistungen des Lieferanten zum Zeitpunkt der Abnahme aufgrund nachfolgender Arbeitsschritte nicht mehr überprüft werden können, hat der Lieferant den Auftraggeber rechtzeitig darauf hinzuweisen und mit dem Auftraggeber eine Vereinbarung über den Zeitpunkt und die Art und Weise der Zustandsfeststellung zu schließen.

13.2 Abnahmebestätigung, Abnahmedatum

- (a) Bei Vorliegen der Abnahmevoraussetzungen stellt der Auftraggeber dem Lieferanten eine Abnahmebestätigung für die Gesamtleistung des Vertrags aus, und der Zeitpunkt der Ausstellung stellt das Datum der Abnahme ("**Abnahmedatum**") dar. Der Auftraggeber wird die Abnahmebestätigung ausstellen, wenn die Abnahmevoraussetzung gemäß Anlage 10 (*Inbetriebnahme, Tests und Abnahme*) erfüllt sind und das gesamte Personal des Lieferanten und das Personal von Nachunternehmern haben den Bauplatz verlassen, sämtliche Ausrüstungen und Materialien, Überschussstoffe, Abfallstoffe, Müll, Gefahrstoffe, gefährliche harte und weiche Ablagerungen sowie andere Gegenstände und Konstruktionen, die nicht zum Vertragsgegenstand gehören, wurden entfernt, es sei denn, es wurde schriftlich etwas anderes vereinbart.
- (b) Mit Eintritt des Abnahmedatums
 - (i) haben die Parteien ihre jeweiligen Hauptverpflichtungen aus diesem Vertrag erfüllt, mit Ausnahme der Verpflichtung des Auftraggebers, die Zahlungen gemäß § 17 zu leisten, soweit diese fällig und noch nicht erfolgt sind;
 - (ii) beschränken sich die Rechte und Ansprüche des Auftraggebers aus diesem Vertrag auf die Gewährleistungsrechte, Leistungsgarantien und/oder Materialgarantien;

- (iii) geht das Eigentum an den Leistungen und Materialien sowie allen Unterlagen auf den Auftraggeber über, soweit das Eigentum nicht bereits zu einem früheren Zeitpunkt auf ihn übergegangen ist; und
- (iv) geht die Gefahr des Verlustes oder der Beschädigung des Vertragsgegenstandes auf den Auftraggeber über, soweit sie nicht bereits zu einem früheren Zeitpunkt auf ihn übergegangen ist.

14 GEWÄHRLEISTUNG

14.1 Mangelhafte Leistungen vor der Fertigstellung

Unabhängig davon, ob entsprechende Zahlungen geleistet wurden und vor dem Datum der Abnahme der Leistung (ab diesem Zeitpunkt gelten die Gewährleistungsbestimmungen nach § 14.4), kann der Auftraggeber vom Lieferanten die Beseitigung von Mängeln fordern. Der Lieferant hat bemängelte Leistungen unverzüglich auf Fehler zu prüfen und, soweit sie mangelhaft sind, auf eigene Kosten die Mängel zu beseitigen.

14.2 Allgemeine Gewährleistung

Der Lieferant sichert dem Auftraggeber zu, dass alle Leistungen

- (a) mindestens den Industriestandards entsprechen;
- (b) frei von Mängeln sind; und
- (c) alle vertraglichen Anforderungen und Genehmigungsaufgaben erfüllen und dem geltenden Recht entsprechen.

14.3 Materialgewährleistung

Der Lieferant sichert zu, dass alle Komponenten und Materialien sowie alle anderen Gegenstände, die vom Lieferanten oder einem Nachunternehmer oder seiner Lieferanten zur Verfügung gestellt werden:

- (a) von guter und geeigneter Qualität sind;
- (b) für den Verwendungszweck, die Spezifikationen und Anforderungen dieses Vertrags geeignet sind;
- (c) geltendem Recht und Genehmigungen, insbesondere bergrechtlichen Vorschriften, entsprechen;
- (d) frei von Gebühren, Pfandrechten, Sicherungsrechten, Belastungen oder sonstigen Rechten Dritter sind; und
- (e) frei von Mängeln sind, einschließlich Konstruktions-, Material- oder Fabrikationsfehlern („Materialgewährleistung“) („Mängelgewährleistung“ nicht: Garantie, im Rechtssinne als eigenständiges Garantieverprechen, § 443 BGB).

14.4 Sicherstellung der Verfügbarkeit des Fördersystems, Reaktions- und Behebungszeiten

- (a) Der Lieferant stellt sicher, dass das Fördersystem ab dem Zeitraum der Inbetriebnahme dergestalt verfügbar ist, dass die nach Ziff. 2.5 der Anlage [●] (Leistungsbeschreibung)

geschuldeten Anforderungen an die zu liefernden Komponenten erfüllt sind und die Pumpleistungen gemäß den dort genannten Vorgaben erbracht werden können.

- (b) Sollte es während eines Zeitraums von der Inbetriebnahme bis zum früheren Zeitpunkt von
 - (i) Einem durch Mitteilung durch den Auftraggeber bestimmten Zeitpunkt, an dem die ESP durch eine leistungsstärkere Pumpe zu ersetzen ist, und
 - (ii) Ablauf des fünften Jahres nach Inbetriebnahme

zu einem vollständigen oder teilweisen Ausfall des Fördersystems oder einer fehlerbedingten Leistungsminderung des Fördersystems kommen, so ist der Lieferant verpflichtet, eine Behebung durchzuführen. Er hat dabei die unter Beachtung der Ziff. [8.3/8.4] der Anlage [●] (Leistungsbeschreibung) angebotenen Reaktions- und Behebungsfristen einzuhalten.

- (c) Wenn der vollständige oder teilweise Ausfall des Fördersystems oder die fehlerbedingten Leistungsminderung auf einen Fabrikationsfehler oder einen Auslegungsfehler des Lieferanten zurückzuführen ist (was im Streitfall durch einen Sachverständigen festzustellen ist), so trägt der Lieferant die Kosten der Beseitigung, im Übrigen trägt sie der Auftraggeber, jeweils soweit die Kosten nicht durch eine Versicherung gedeckt sind.
- (d) Es steht dem Lieferanten frei, während des in § 14.4(b) genannten Zeitraums bei Einhaltung der geschuldeten Reaktions- und Behebungsfristen Neukomponenten oder fachgerecht generalüberholte Komponenten zu verwenden, wenn diese die technischen Anforderungen der Ziff. 2.5 der Anlage [●] (Leistungsbeschreibung) einhalten.
- (e) Kommt der Lieferant seinen Verpflichtungen zur Behebung nicht binnen der geschuldeten Frist(en) nach, so ist der Auftraggeber berechtigt, ohne Setzung einer weiteren Frist die erforderlichen Handlungen selbst und auf Kosten des Lieferanten vorzunehmen. Der Auftraggeber kann hierfür einen angemessenen Kostenvorschuss verlangen.
- (f) Zur Sicherung der Verpflichtungen des Lieferanten nach diesem § 14.4 nimmt der Auftraggeber einen Einbehalt in Höhe von 10% der vereinbarten Vergütung nach § 16 vor. Der Lieferant kann den Einbehalt durch Stellung einer zufriedenstellenden selbstschuldnerischen Bankbürgschaft ablösen.

14.5 Mängelhaftung und Verfahren

- (a) Ergänzend zu den vorstehenden Bestimmungen gilt folgendes:
- (b) Treten bei Abnahme der Leistungen gemäß § 13 oder während der Gewährleistungsfrist gemäß § 14.5(d) ein Mangel auf, der nicht zu einem Ausfall des Fördersystems führt und nicht den Regelungen des § 14.4 unterliegt, ist der Lieferant zur Beseitigung des Mangels verpflichtet. Der Auftraggeber ist berechtigt, nach Ablauf einer dem Lieferanten für die Mängelbeseitigung gesetzten angemessenen Mängelbeseitigungsfrist die Mängelbeseitigung selbst vorzunehmen oder durch einen Dritten vornehmen zu lassen und vom Lieferanten einen angemessenen Kostenvorschuss für die Beseitigung zu verlangen. Das Rücktrittsrecht des Auftraggebers gemäß § 15 bleibt unberührt.

- (c) Der Auftraggeber ist verpflichtet, nach Auftreten eines vollständigen oder teilweisen Ausfall des Fördersystems oder einer fehlerbedingten Leistungsminderung des Fördersystems oder eines sonstigen Mangels:
 - (i) den Vertretern des Lieferanten Zugang zum Bauplatz und zum Fördersystem, Materialien und/oder Ausrüstungen zu gewähren, die angeblich einen Mangel gemäß der Mitteilung aufweisen; und
 - (ii) den Vertretern des Lieferanten Test- und Betriebsaufzeichnungen zur Verfügung zu stellen, um die Gültigkeit eines Gewährleistungsanspruchs zu überprüfen.
- (d) Es gilt die Gewährleistungsfrist für die Leistungen des Lieferanten von 12 Monaten. Die Regelung des § 14.4 bleibt unberührt.

15 RÜCKTRITT VOM VERTRAG

- 15.1 Der Auftraggeber ist berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten, wenn der Lieferant eine wesentliche Vertragspflicht in gravierender Weise verletzt und dem Auftraggeber die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses deshalb nicht mehr zugemutet werden kann. Dies gilt insbesondere, wenn der Lieferant trotz angemessener Fristsetzung eine solche Pflichtverletzung nicht beseitigt oder ernsthaft und endgültig verweigert, seinen vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen.
- 15.2 Darüber hinaus steht dem Auftraggeber ein Rücktrittsrecht zu, wenn die vom Lieferanten erbrachten Leistungen mit Mängeln behaftet sind und die gesetzlichen Voraussetzungen für einen Rücktritt wegen solcher Mängel vorliegen.
- 15.3 Der Auftraggeber kann auch im Falle eines lang andauernden Ereignisses höherer Gewalt vom Vertrag zurücktreten, wenn die Voraussetzungen gemäß § 9.4 vorliegen.
- 15.4 Im Falle eines wirksamen Rücktritts richten sich die Rechtsfolgen ausschließlich nach den gesetzlichen Bestimmungen, soweit nichts anderes in diesem Vertrag bestimmt ist.

16 VERTRAGSPREIS

Als Vergütung für die Lieferungen, die Arbeiten und für die weiteren Verpflichtungen des Lieferanten gemäß diesem Vertrag und Anlage 9 (*Detaillierte Leistungsbeschreibung*) erhält der Lieferant eine pauschale Vergütung in Höhe von EUR [●] zuzüglich etwaiger gesetzlicher Umsatzsteuer (Pauschalfestpreis). Mit dem Pauschalfestpreis sind sämtliche Leistungen des Lieferanten nach diesem Vertrag abgegolten, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

Der Pauschalfestpreis gliedert sich gemäß dem Preisblatt in folgende Teilbeträge:

ESP mit Antriebsmotor	EUR
Transformator/Frequenzumrichter	EUR
Steuerung	EUR

Montage der obertägigen EUR
Komponenten und der Verkabelung

Einbau (optional) EUR

Inbetriebnahme/Abnahmemessung EUR

Sofern der Auftraggeber von seinem Recht aus § 5.2(b) Gebrauch macht, vermindert sich der Vertragspreis um den Betrag für den Einbau.

17 ABSCHLAGSZAHLUNGEN, SCHLUSSRECHNUNG, RECHNUNGSSTELLUNG; ZAHLUNGSFRISTEN

17.1 Abschlagszahlungen auf die Teilbeträge des Pauschalfestpreises

Auf den Pauschalfestpreis leistet der Auftraggeber Abschlagszahlungen auf die Teilbeträge des Pauschalfestpreises gemäß des nachstehenden Zahlungsplans, die im Rahmen der Schlussrechnung (§ 17.4(c)) endabgerechnet werden.

1. Rate: 10% der Auftragssumme nach Zuschlagserteilung gegen Vorlage einer Anzahlungsbürgschaft einer erstklassischen deutschen Bank
2. Rate; 10% der Auftragssummen nach Vorlage der vorläufigen Dokumentation
3. Rate: 40% der Auftragssumme nach Lieferung aller Komponenten des Fördersystems auf die Baustelle , Rückgabe der Anzahlungsbürgschaft
4. Rate: 20% der Auftragssumme nach erfolgreichem Probetrieb
5. Rate: 10% der Auftragssumme nach Übergabe der kompletten Dokumentation
6. Rate 10% der Auftragssumme nach Ende der Gewährleistungszeit, ablösbar durch eine Gewährleistungsbürgschaft einer erstklassischen deutschen Bank, Rückgabe nach Ablauf der Gewährleistungsdauer

17.2 Rechnungen des Lieferanten

- (a) Der Lieferant ist berechtigt, eine Abschlagszahlung auf die Teilbeträge des Pauschalfestpreises gemäß Zahlungsplan (*Abschlagszahlungen*) in Rechnung zu stellen, wenn die Voraussetzungen für die Rechnungstellung des Lieferanten gemäß den Vorgaben erfüllt sind. Geänderte oder zusätzliche Leistungen sowie beauftragte optionale Leistungen können vom Lieferanten nach Abschluss der jeweiligen Leistungserbringung in Rechnung gestellt werden, die Parteien können sich im Falle andauernder Leistungen auf den Rhythmus der Rechnungsstellung verständigen.
- (b) Jede Rechnung des Lieferanten hat prüffähig zu sein und muss Nachweise über die erbrachten Leistungen und das Vorliegen der Voraussetzungen für die Rechnungstellung umfassen. Soweit als Voraussetzung für eine Rechnungstellung eine Vorauszahlungssicherheit zu stellen ist, hat der Lieferant dem Auftraggeber spätestens mit Rechnungstellung die Sicherheit in Form einer zufriedenstellenden Bankbürgschaft oder Bankgarantie auf erstes Anfordern zu übergeben.

Die Rückgabe erfolgt zu den) genannten Zeitpunkten, im Falle der Stellung einer Gesamtsicherheit nach nachstehender Regelung erfolgt auf Wunsch des Lieferanten eine Teilfreigabeerklärung nach nachweislicher Leistungserbringung von Teilen der Leistungen, ansonsten bei Erbringung der letzten Leistung, für die die Gesamtsicherheit gestellt wurde.

- (c) Soweit nach Anlage 11 (*Abschlagszahlungen*) Teilbeträge als Abschlagszahlungen auf Meilensteine gegen Stellung einer Voraus- oder Anzahlungsbürgschaft in Rechnung gestellt werden können, ist es dem Lieferanten gestattet, eine Summe der als Anzahlung bzw. Vorauszahlung bezeichneten Abschlagszahlungen zu bilden und eine einheitliche, den Vorgaben dieses Vertrags entsprechende Gesamtsicherheit, die die Summe der genannten Anzahlung bzw. Vorauszahlungen absichert, zu stellen.
- (d) Der Einbehalt zur Sicherung der Leistungsverpflichtungen des Lieferanten wegen der Verfügbarkeit des Fördersystems richtet sich nach § 14.4(f).
- (e) Die Schlussrechnung hat eine nachvollziehbare Darstellung der geleisteten Abschlagszahlungen zu umfassen, etwaige gesondert zu vergütende Leistungen sind gesondert auszuweisen. Die Schlussrechnung ist binnen 60 Kalendertagen nach Abnahme vorzulegen.
- (f) Rechnungen sind ausschließlich in digitaler Form an folgende Adresse zu senden:

Eingangsrechnungen@atw-gmbh.de
- (g) Alle Rechnungen des Lieferanten enthalten die jeweils gültige Umsatzsteuer gemäß den geltenden steuerrechtlichen Vorschriften (ordnungsgemäßer Umsatzsteuerausweis). Weiterhin hat der Lieferant nachzuweisen, dass er zum Zeitpunkt der jeweiligen Zahlung über eine gültige Bescheinigung über die Befreiung von der Bauabzugssteuer nach § 48b Abs. 1 S. 1 EStG verfügt, andernfalls ist der Auftraggeber berechtigt, erforderliche Abzüge oder Einbehalte von entsprechenden Zahlungen vorzunehmen.

17.3 Rechnungsprüfung durch den Auftraggeber

- (a) Nach Erhalt einer Rechnung des Lieferanten hat der Auftraggeber zu prüfen, ob
 - (i) die in Rechnung gestellten Vertragsleistungen nach Art und Umfang erbracht wurden;
 - (ii) die ausgeführten Arbeiten den Anforderungen dieses Vertrages entsprechen; und
 - (iii) die Rechnung des Lieferanten ordnungsgemäß eingereicht wurde.
- (b) Stellt der Auftraggeber die Berechtigung des Lieferanten zum Zahlungsbegehrt, die Richtigkeit der Rechnung des Lieferanten oder Teile hiervon in Frage, so hat der Auftraggeber dem Lieferanten dies innerhalb von 30 Kalendertagen nach Erhalt der Rechnung des Lieferanten den/die zu streitenden Betrag(e) unter Angabe der Gründe für seine Ablehnung mitzuteilen. Die hier geregelten Fristen sind keine Ausschlussfristen.

17.4 Fälligkeit von Zahlungen, Skontoregelung

- (a) Alle Rechnungen des Lieferanten sind nach deren Eingang beim Auftraggeber zur Zahlung fällig und innerhalb von 30 Kalendertage an den Lieferanten zu bezahlen.
- (b) Der Auftraggeber ist berechtigt den unter Ziff. 6 der Anlage 5 (*Preisblatt*) angegebenen Prozentsatz in Abzug zu bringen (Skonto), wenn er Zahlung binnen 14 Kalendertagen leistet.

- (c) Die Schlussrechnung des Lieferanten, die sämtliche Abschlagszahlungen, Zahlungen für geänderte oder zusätzliche Leistungen sowie ggf. optionale Leistungen unter Zuordnung zu den jeweiligen Leistungen nachvollziehbar aufzuführen hat, ist dem Auftraggeber innerhalb von 30 Kalendertagen nach dem Abnahmedatum gemäß § 13.2(a) vorzulegen.
- (d) Bestreitet der Auftraggeber die Berechtigung oder die Richtigkeit von Teilen der in Rechnung gestellten Beträge, so wird der unstreitige Betrag gemäß den vorstehenden Regelungen zur Zahlung fällig. Der streitige Betrag wird 30 Kalendertage nach Erlass einer Entscheidung im Zuge der Streitbeilegung nach § 20 zur Zahlung fällig.

17.5 Kein Verzicht oder Akzeptanz

Keine Zahlung, die im Rahmen dieses Vertrages geleistet wird, darf als Verzicht auf Rechte oder Ansprüche oder als Akzeptanz oder Genehmigung des Teils der Vertragsleistungen ausgelegt werden, auf welche sich diese Zahlung bezieht, oder entbindet den Lieferant von einer seiner Verpflichtungen aus diesem Vertrag.

17.6 Verzugszinsen

- (a) Überfällige Zahlungsverpflichtungen des Auftraggebers und des Lieferanten aus diesem Vertrag (unabhängig davon, ob eine solche Zahlungsverpflichtung durch die Bedingungen dieses Vertrages, nach geltendem Recht oder anderweitig auferlegt wird) werden mit dem gesetzlichen Zinssatz für Verzugszinsen (§ 288 Abs. 2 BGB) verzinst.
- (b) Im Falle eines Zahlungsverzuges wird der gesetzliche Zinssatz vom ursprünglichen Fälligkeitsdatum bis einschließlich des tatsächlichen Zahlungstages berechnet, wobei der Eingang der Zahlung als maßgeblicher Zeitpunkt gilt.

18 HAFTUNG

- 18.1 Für Vorsatz, grobe Fahrlässigkeit sowie für die Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit haftet jede Partei nach den gesetzlichen Bestimmungen sowohl für eigenes Handeln als auch das ihrer gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen uneingeschränkt und die nachfolgenden Haftungsbegrenzungen finden keine Anwendung. Jede Partei haftet ohne Einschränkung auch für die ordnungsgemäße Erfüllung solcher wesentlichen Verpflichtungen, deren Erfüllung für die ordnungsgemäße Erfüllung dieses Vertrages unerlässlich ist und auf die sich die andere Partei regelmäßig verlässt und auf die sie sich auch verlassen kann (wesentliche Vertragspflichten oder Kardinalpflichten).
- 18.2 Die Haftung der Parteien für indirekte mittelbare Schäden, Folgeschäden und entgangenen Gewinn, insbesondere für den Verlust von Fördermitteln ist ausgeschlossen soweit in diesem Vertrag nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.
- 18.3 Im Übrigen ist die Haftung des Lieferanten der Höhe nach auf den Pauschalpreis nach § 19 beschränkt.
- 18.4 Haftet eine Partei nach den vorstehenden Bestimmungen, so hat sie die jeweils andere Partei von Inanspruchnahmen Dritter freizustellen. Der Lieferant hat zudem das GfA als bergbaurechtlicher Erlaubnis- bzw. Genehmigungsinhaber von der Inanspruchnahme Dritter freizustellen (Vertrag zu Gunsten Dritter).

19 MITTEILUNGEN UND KOMMUNIKATIONEN

19.1 Anforderungen

- (a) Jede Mitteilung gilt als der anderen Partei zugegangen,
 - (i) wenn persönlich zugestellt wurde, nach deren Übergabe an den Empfänger;
 - (ii) wenn per Einschreiben mit Rücksendeschein versendet wurde, mit Erhalt des Rücksendescheins; und
 - (iii) wenn mit einem anerkannten Zustelldienst oder Kurierdienst mit Rücksendeschein versendet wurde, nach Erhalt des Belegs.
- (b) Sofern nach diesem Vertrag Erklärungen schriftlich abzugeben sind, haben die Willenserklärungen per Brief (Schriftform gem. § 126 Abs. 1 BGB), der vorab auch per E-Mail übersendet werden kann (§ 127 Abs. 2 S. 1. BGB) zu erfolgen. Erforderlich ist eine Unterschrift des Auftraggebers, der dabei von einer zur Vertretung berechtigten Person gemäß dem Organigramm (Anlage 6 (*Organigramm*)) vertreten wird.

19.2 Mitteilungen an Parteien

Mitteilungen sind an die in Anlage 6 (*Organigramm*) benannten Personen und Adressen zu richten (oder an weitere Personen oder Adressen, die die jeweiligen Parteien hinzufügen oder durch eine entsprechende vorherige Mitteilung ersetzen können).

19.3 Vertreter des Auftraggebers

- (a) Der Auftraggeber benennt (durch eine Mitteilung an den Lieferanten) einen Projektvertreter. Der Projektvertreter ist neben dem Geschäftsführer zur Abgabe und Entgegennahme von rechtsgeschäftlichen Erklärungen befugt. Schriftformerfordernisse nach diesem Vertrag bleiben unberührt.
- (b) Der Lieferant benennt (durch eine dem Auftraggeber zugestellte Mitteilung) einen Projektleiter und einen stellvertretenden Projektleiter. Projektleiter und stellvertretender Projektleiter sind vollumfänglich zur Abgabe und Entgegennahme von Erklärungen für den Lieferanten berechtigt.
- (c) Zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Vertrags sind die in Anlage 6 (*Organigramm*) genannten Personen benannt. Änderungen sind der jeweils anderen Partei unverzüglich mitzuteilen.
- (d) Sämtliche Kommunikation in Bezug auf technische und andere Fragen im Zusammenhang mit den Arbeiten erfolgt mit und zwischen dem Projektvertreter des Auftraggebers und dem Projektleiter des Lieferanten.

20 STREITBEILEGUNG

20.1 Beanstandungsrecht der Parteien

Sofern im Vertrag nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, hat jede Partei das Recht, Meinungsverschiedenheiten einer Streitbeilegung nach den Bestimmungen dieses § 20 zuzuführen.

20.2 Vorrang einer gütlichen Einigung

- (a) Die Parteien vereinbaren, dass in allen Fällen von Streitigkeiten zunächst der Versuch einer gütlichen Beilegung durch die hierfür von den Parteien benannten Vertreter unternommen werden muss, wobei die Vertreter auf eigene Kosten Dritte hinzuziehen können. Beide Parteien verpflichten sich, der jeweils anderen Partei unverzüglich nach Abschluss des Vertrags einen Vertreter für die Zwecke der Streitbeilegung nach diesem § 20.2 mitzuteilen.
- (b) Kann eine Lösung zwischen den Vertretern nicht innerhalb von 60 Werktagen oder bei Zahlungsstreitigkeiten innerhalb von 30 Kalendertage nach Erhalt einer entsprechenden Mitteilung (die unter ausdrücklicher Bezugnahme auf § 20.2 zu erfolgen hat) erzielt werden, steht es jeder Partei frei, den Rechtsweg nach § 20.3 zu beschreiten.

20.3 Ordentlicher Rechtsweg, Gerichtsstand

Die Parteien vereinbaren die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte und München als Gerichtsstand.

21 SONSTIGES

21.1 Salvatorische Klausel

- (a) Sollte eine Bestimmung des Vertrags rechtsunwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Vielmehr verpflichten sich die Parteien, die rechtsunwirksame bzw. undurchführbare Bestimmung rückwirkend zum Zeitpunkt der Unwirksamkeit bzw. Undurchführbarkeit durch eine im wirtschaftlichen Erfolg ihr nach Möglichkeit gleich- oder nahekommende Bestimmung zu ersetzen.
- (b) Sollten während der Laufzeit dieses Vertrags Umstände eintreten, die die wirtschaftlichen oder rechtlichen Auswirkungen dieses Vertrags wesentlich beeinflussen, die aber in diesem Vertrag nicht geregelt sind oder an die nicht gedacht wurde oder erweisen sich Bestimmungen dieses Vertrags für eine Partei als unzumutbar, soll diesen Umständen nach Vernunft und Billigkeit Rechnung getragen werden.
- (c) Ebenso werden die Vertragsparteien unklare oder allzu verschiedenen auslegungsfähige Bestimmungen dieses Vertrags berichtigen bzw. fehlende in diesem Sinne aufnehmen.

21.2 Anwendbares Recht

Dieser Vertrag unterliegt ausschließlich dem Recht der Bundesrepublik Deutschland, unter Ausschluss der konsolidierten Bestimmungen, die zur Anwendung einer anderen Rechtsordnung, sowie des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG) führen würde.

21.3 Fortbestand nach Vertragsende

Die Bestimmungen des Vertrags, die ihrer Natur entsprechend auch infolge Rücktritts, Auflösung, Abschluss oder Ablauf des Vertrags fortbestehen sollen, einschließlich ausdrücklicher Haftungseinschränkungen oder -befreiungen sowie Zahlungsverpflichtungen in Bezug auf Auflagen und Ansprüche, ebenso die Regelungen zur Beilegung von Streitfällen, die vor dem Rücktritt, Auflösung, Abschluss oder Ablauf entstanden sind, bestehen ungeachtet eines solchen Rücktritts, Auflösung, Abschluss oder Ablauf des Vertrags weiterhin als gültige und wirksame Verpflichtungen derjenigen Partei fort.

21.4 Schriftformerfordernis

Änderungen, Ergänzungen sowie die Aufhebung dieses Vertrags bedürfen der Schriftform, dies gilt auch für eine Änderung des Schriftformerfordernisses.

Der Schriftform bedürfen ebenfalls solche Mitteilungen der einen Partei an die andere Partei, die nach den Regelungen dieses Vertrags zu einer Zustimmungsfunktion führen können oder welche der möglichen Wahrung oder Wahrnehmung eines Anspruchs unter diesem Vertrag dienen.

Sofern in diesem Vertrag Schriftform gefordert wird, ist die Einhaltung der Schriftform nach § 126 Abs.1 BGB erforderlich.

21.5 Drittbegünstigte

Sofern in diesem Vertrag nicht ausdrücklich anders angegeben, sind die Bestimmungen dieses Vertrags ausschließlich zum Nutzen des Auftraggebers und des Lieferanten bestimmt, und es gibt keine begünstigten Dritten.

21.6 Aufbewahrung von Aufzeichnungen

Der Lieferant verpflichtet sich, für einen Zeitraum von 5 Jahren ab dem Abnahmedatum:

- (a) alle Aufzeichnungen über die Durchführung der Leistungen oder die Gewährleistungen des Lieferanten nach diesem Vertrag aufzubewahren; und
- (b) wenn es vernünftigerweise möglich ist, alle Nachunternehmer und Lieferanten, die mit der Ausführung der Arbeiten oder einer der Gewährleistungsverpflichtungen des Lieferanten beauftragt wurden, zu veranlassen, alle ihre Aufzeichnungen über die Leistungen für den gleichen Zeitraum aufzubewahren.

21.7 Ersetzung vorhergehender Vereinbarungen

Dieser Vertrag

- (a) ersetzt alle anderen schriftlichen oder mündlichen Vereinbarungen, die zwischen den Parteien in Bezug auf den Vertragsgegenstand getroffen oder abgeschlossen wurden; und
- (b) stellt die gesamte Vereinbarung zwischen den Parteien in Bezug auf das Projekt dar, und es gibt keine anderen Vereinbarungen oder Verpflichtungen zwischen den Parteien in Bezug auf das Projekt, außer wie dargelegt in diesem Vertrag.

Insbesondere finden etwaige allgemeine Geschäftsbedingungen des Lieferanten keine Anwendung. Dies gilt auch dann, wenn der Lieferant in Angeboten, Auftragsbestätigungen, Lieferscheinen, Rechnungen, Montage- oder Abnahmeprotokollen oder sonstigen Dokumenten auf solche Bedingungen Bezug nimmt oder diese übermittelt. Eine Einbeziehung solcher Bedingungen erfolgt auch nicht durch widerspruchslose Annahme von Leistungen.

21.8 Vertraulichkeit

Die Parteien vereinbaren, vertrauliche Informationen streng vertraulich zu behandeln und schützen sie wirksam vor dem Zugriff Dritter und werden diese vertraulichen Informationen nicht für ihre eigenen Zwecke oder die Zwecke Dritter verwenden, vorausgesetzt, dass eine

Partei berechtigt ist, vertrauliche Informationen an ihre Mitarbeiter, Führungskräfte und Berufsberater und die ihrer verbundenen Unternehmen, die an der Verwaltung dieses Vertrags beteiligt sind, weiterzugeben. Die gesetzlichen Offenlegungspflichten bleiben von dieser Regelung unberührt. Die Pflicht zur Vertraulichkeit besteht noch für eine Zeitdauer von 5 Jahren nach Beendigung des Vertrages.

21.9 Redaktionelle Anpassungen, Ausfertigungen

Dieser Vertrag ist mit Zuschlagserteilung zustande gekommen. Mit der vorliegenden Vertragsurkunde dokumentieren die Parteien die redaktionellen Ergänzungen, die nach Zuschlagserteilung vorzunehmen sind.

Die Vertragsurkunde kann von den Parteien in einer beliebigen Anzahl von Ausfertigungen (und von jeder Partei auf separaten Ausfertigungen) unterzeichnet werden, wobei jede davon als Original gilt. Unterzeichnete Kopien, die per Telefax oder E-Mail im PDF-Format übermittelt werden, sind für die Parteien verbindlich.

**DIESE VERTRAGSURKUNDE DES AM TAGE DES ZUSCHLAGS ABGESCHOSSENEN VERTRAGS WURDE
AUSGEFERTIGT WIE FOLGT:**

Für den Auftraggeber

Ort, Datum

Unterschrift

Für den Lieferanten

Ort, Datum

Unterschrift

**ANLAGE 1 – BETRIEBSGELÄNDE DES GFA UND BOHRPLATZ (ANGABE ZU LAGE,
GEOLOGIE/GRÜNDUNG, ZUWEGUNG)**

ANLAGE 2 – PROJEKTZEITPLAN

ANLAGE 3 – QUALITÄTSMERKMALE

ANLAGE 4 – KONTAKTDATEN

ANLAGE 5 – PREISBLATT

ANLAGE 6 – ORGANIGRAMM

ANLAGE 7 – FUNKTIONALE LEISTUNGSBESCHREIBUNG

ANLAGE 8 – NACHUNTERNEHMER

ANLAGE 9 – ABSCHLAGSZAHLUNGEN

ANLAGE 10 – INBETRIEBNAHME, TESTS UND ABNAHME

